

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



ERWERBLOS, ABER NICHT WEHRLOS!

S. 21



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Münchener Wehrkundekonferenz:	
Kriegstreiber unter sich	3
Schröders neue Malocher-	
gesellschaft	4
Urteil gegen früheren ERNK-	
Europasprecher	5
Kongreß gegen das MAI	6

Auslandsberichterstattung

Die GUS – was ist sie, wohin	
geht sie?	8
Mexiko: Maquila-Industrie	9
Konfrontation statt Dialog in	
Spanien	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Freiburg: „Großlager weist Züge	
von Konzentrationslagern auf“ ..	13
Schülerstreiks: Bewegung im	
Bildungsbereich	14
Köln: Lautstarker Protest gegen	
Behindertenurteil	14
Bayern: Der Senat wird	
„abgewickelt“	15
Leipzig: Mieten 1998 um	
7,8% rau!	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Aktionen gegen Tarifflucht	
des IB	19
Süddeutscher Verlag: Widerstand	
gegen Kahlschlag	19
Öffentlicher Dienst: Erste	
Warnstreiks	19
Jungheinrich: Auf dem Weg zum	
„Global-Player“	20
Aktionstag: Erwerbslos, aber	
nicht wehrlos!	21

Diskussion und Dokumentation

Die Süddeutsche Zeitung und der	
Krieg gegen Kurdistan	22
Dokumentiert: Öcalan in	
MED-TV	22
Ein links-grüner Blick	
auf die PDS	23
In und bei der PDS	24

Letzte Seiten: Bücher

Widerstand und Verfolgung im	
Münchener Westend 1933–1945 ..	25
Das Massaker von Kragujevac ..	26

Termine	28
---------------	----

AKTUELL

IN BONN MWST. RUNTER:

Die PDS-Bundestagsgruppe hat einen Antrag eingebracht, die Mehrwertsteuer auf apotheekenpflichtige Arzneimittel auf sieben Prozent zu senken. Zur Begründung führt die Gruppe an, allein die zum 1. April geplante Anhebung der Mehrwertsteuer auf 16 Prozent koste die gesetzlichen Krankenversicherung rund 300 Millionen DM. Durch die Umstellung auf den niedrigeren Satz könnten die Kosten der Krankenversicherungen deutlich gesenkt werden.

MWST. RAUF: Der Erwerb und Besitz von Luxusgegenständen soll nach Ansicht der PDS-Bundestagsgruppe künftig mit einem höheren Mehrwertsteuersatz belastet werden. Die Gruppe beantragt (Ds. 1/9760) einen Aufschlag auf die normale Mehrwertsteuer von 6%, faktisch also eine „Luxus-Mehrwertsteuer“ von 22 Prozent. Die Steuer soll sowohl auf Privatgüter erhoben werden wie auf im Betriebsvermögen gehaltene Luxusgüter, die nicht ausschließlich betrieblich genutzt werden, also z.B. auf die vielen in Wirklichkeit privat genutzten „Firmenwagen“. Als Beispiele für Luxusgüter, auf die der erhöhte Steuersatz angewendet werden sollte, nennt die Gruppe Segeljachten ab 7,5 Meter Länge, Motorräder ab 1.000 Kubikzentimeter, Motorboote, Flugzeuge, Schmuck ab 10.000 DM, Zuchtpelze ab 1.500 DM, Pelzmäntel ab 15.000 DM. Die Besteuerung könne, so die PDS, eine Einnahmequelle eröffnen, zu der die wirtschaftlich leistungsfähigen Bevölkerungsschichten, die sich in den letzten Jahren unterproportional an der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beteiligt hätten, beitragen würden.

150 JAHRE REVOLUTION: Zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848 soll der Bundestag nach dem Willen der PDS eine Gedenkfeier veranstalten. In ihrem Antrag (13/9798) schlägt die Bundestagsgruppe vor, für den Ort der Feier die Paulskirche in Frankfurt/Main auszuwählen, da dort die „Wiege der demokratischen Forderungen auf deutschem Boden“ gewesen sei. Art und Program der Feier sollten gewährleisten, daß die gesamte Breite der politischen Strömungen, die 1848 für eine demokratische Republik eintraten, ihren Ausdruck fänden.

PENSIONSFONDS GENEHMIGT: CDU/CSU, SPD, F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen haben am 11. Februar im zuständigen Bundestagsausschuß dem Entwurf der Bundesregierung für ein „drittes Finanzmarktförderungsgesetz“ zugestimmt, das die Finanzmärkte weiter „entbürokratisiert“ und „dereguliert“ und betrügerischen Finanzjongleuren neue Geschäftsfelder eröffnet. Lediglich die PDS stimmte dagegen. Das Gesetz erlaubt u.a. die von den Kapitalisten schon lange geforderte Einführung von „Pensionsfonds“ nach an-

gelsächsischem Vorbild, die die Reserven von privaten Altersversicherungen an Börsen leichter handelbar machen sollen – mit der Folge, daß solche Lebensversicherungen auch einmal in irgendwelchen Börsen-Crashes sich in Luft auflösen können. In der BRD heißen solche Fonds künftig „Altersvorsorge-Sondervermögen“. Die sinnige Begründung laut Bundestag: „Durch die Umbenennung soll nicht der Eindruck erweckt werden, daß bei den Auszahlungen aus diesen Fonds feste Beträge garantiert werden.“ Das Gesetz verkürzt zudem die Verjährungsfristen für betrügerische Werbeprospekte für solche und andere „Geldmarkttitel“ erheblich. Trotzdem sahen offenbar selbst SPD und Grüne keinen Grund, dem Gesetz ihre Zustimmung zu verweigern. Wenn's um die Freiheit der Börsenspekulanten geht, haben die auch bei SPD und Grünen Rückendeckung.

ASYLBEWERBER: Auf heftige Kritik von Flüchtlingsgruppen und auch des UN-Flüchtlingskommisariats stößt die Absicht des Bundesrates, Flüchtlinge, die in der BRD lediglich „geduldet“ werden, jeden Anspruch auf Sozialhilfe zu entziehen. Ein entsprechender Antrag war von der großen Koalition in Berlin in den Bundesrat eingebracht worden und dort noch verschärft worden. De facto bedeutet er, daß solche Flüchtlinge in den Hunger bzw. die Kriminalität getrieben würden. Der UNHCR forderte den Bundesrat auf, den Entwurf des Asylbewerberleistungsgesetzes zu „überdenken“.

OLYMPIA? BUNDESWEHR! Der Bundesminister für Verteidigung teilt mit: „Soldaten der Bundeswehr bilden ein Drittel der deutschen Mannschaft bei den olympischen Winterspielen in Nagano. ... werden 43 Soldaten der Bundeswehr, davon 15 Frauen teilnehmen. Damit sind rund 1/3 der deutschen Mannschaft bei den Spielen insgesamt Angehörige der Bundeswehr unter den 134 aktiven Teilnehmern. Das bedeutet gegenüber den olympischen Spielen in Lillehammer 1994 eine leichte Steigerung.“ Bei so viel Militär dürfte der „olympische Friede“ kein Problem sein – bei Störungen wird sofort „zurückgeschossen“.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Bundesrat und Bundestag treten erst nach der Niedersachsenwahl wieder zusammen. Der Bundestag berät am 4. März über ein Regierungsgesetz zur Reform Vermögensbildung, Anträge von SPD und Grünen zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen sowie über die Entschädigung von Opfern von Straftaten. Am 5. März steht der EU-Vertrag und die Währungsunion auf der TO, Anträge der SPD zur Umweltgesetzgebung, der Grünen zum Schutz verfolgter Frauen, von SPD und Grünen gegen „Machtkonzentration in der Wirtschaft“ und ausgegerechnet von der SPD zur „Rückführung kriegsbedingt gelagerter Kulturgüter“.

Münchener Wehrkundekonferenz: Kriegstreiber unter sich

Streit um die Rüstungsindustrie, Übereinstimmung über einen möglichen Militärschlag gegen den Irak – mit diesen Nachrichten wartete letzte Woche die alljährliche deutsch-amerikanische „Sicherheitskonferenz“ in München auf. Die Redaktion sprach mit Tobias Pflüger von der „Informationsstelle Militarisierung“ (IMI) e.V. in Tübingen über Ergebnisse und Verlauf der Tagung.

rül



Bild: Britisches TORNADO-Kampfflugzeug am Golf.

Auf der Münchener Wehrkundetagung hat es heftig gekracht zwischen den Verbündeten. Worum ging der Streit?

Bei den Wehrkundetagen kommen seit Jahren Militärs und Menschen, die Militärpolitik auf der administrativen Seite machen oder machen wollen, zusammen. Ein Merkmal dieser Wehrkundetagung, inzwischen heißt das Ding „Sicherheitskonferenz“, ist es, daß relativ Klartext geredet wird. In den Worten der Veranstalter heißt das dann „frei von regierungspolitischen Zwängen“.

Angriffe auf die Militärpolitik der Bundesregierung gab es schon in früheren Jahren, aber sie bezogen sich zumeist auf die sogenannte „militärische Zurückhaltung Deutschlands“. Bei der diesjährigen Wehrkundetagung kam da eine neue Qualität auf. Mehrere US-Senatoren übten öffentliche Kritik an der Grundkonzeption westeuropäischer Militärpolitik. Konkret hieß das dann, daß diese Senatoren die anwesenden westeuropäischen Regierungsvertreter angriffen, daß sie nach wie vor auf einer „ineffektiven europäischen Rüstungsindustrie“ bestehen würden. Notwendig seien für die Armeen des Westens einheitliche Standards bei Ausrüstung und Bewaffnung. Die US-Soldaten, die mit europäischer Ausrüstung ausgestattet seien, wären in den Kriegen und Konflikten der Welt nicht sicher. Die US-Senatoren haben damit klar signalisiert, daß sie keine Hegemoniekonflikte wünschen und daß es für sie nur eine Ordnungsmacht geben darf: die USA.

Neu ist daran, daß sie nun offen formulieren, die westeuropäischen Staaten sollten ihre Kriegswaffenindustrien zugunsten der „effektiveren“ US-Kriegswaffenindustrie aufgeben. [Den Begriff „Kriegswaffe“ benutze ich bewußt, da der Begriff „Verteidigungstechnik“, der gerne von Konzernen benutzt wird, die Kriegswaffen herstellen, nicht (mehr) trifft und die Begriffe „Wehrtechnik“ und „Rüstung“ verharmlosend sind. Das bundesdeutsche Gesetz zur Ausfuhr solcher Güter heißt „Kriegswaffenkontrollgesetz“ (KWKG). Dann nehmen wir doch

einfach diesen Begriff, den das Gesetz hier vorgibt, denn er trifft die Sachlage am besten.] Unterschwellig schwang bei dieser Kritik auch Kritik an den uneinheitlichen westeuropäischen Positionen im Bereich Militärpolitik mit. Konkret geäußert hat sich dies in München bei der Wehrkundetagung durch Kritik an den „weichen“ Positionen der französischen und russischen Regierung zum derzeitigen Irak-Konflikt.

Gleichzeitig wurde das bilaterale Abkommen von 1983 „War Time Host Nation Support“ verlängert. Die Bundeswehr soll Aufgaben der US-Armee im Bündnis übernehmen – welche?

Konkret handelt es sich um ein deutsch-amerikanisches „Luftverteidigungsabkommen“. Die USA übergeben an Deutschland 21 ROLAND-Waffensysteme sofort und 12 PATRIOT-Waffensysteme im Jahr 2005. Die Bundeswehr stellt dafür für NATO-Aufgaben insgesamt vier Truppenteile zur Verfügung – zweimal PATRIOT, einmal ROLAND und einmal HAWK-„Luftverteidigungs“-Bataillone. Politisch bedeutet das, daß die USA die militärische Kontrolle der Lufthoheit in Westeuropa zum Teil an Deutschland abgibt.

Kohl und Rühe sind Kriegstreiber

„Das „Anbiedern“ von Luftbasen für den US-amerikanischen Kriegsaufmarsch durch Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Volker Rühe eskaliert den Irak-Konflikt weiter“, meinte Daniel Weitbrecht von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. „Anstatt ihre Kräfte die diplomatische und friedliche Lösungen einzusetzen, betätigen sich Kohl und Rühe faktisch als Kriegstreiber“. „Der scharf zu kritisierende irakische Diktator Saddam Hussein wird dadurch weiter in die von ihm so sehr gewünschte „Märtyrerrolle“ gebracht und in der arabischen Welt eher noch gestärkt.“ „Das Opfer tödlicher Militärschläge würde allein die unschuldige irakische Zivilbevölkerung,“ stellt Daniel Weitbrecht von IMI fest. Anstatt daß westliche Staaten Militärschläge durchführen, sollte künftig besser auf Exporte von Kriegswaffen und Kriegswaffenkomponenten verzichtet werden. So hat beispielsweise eine Firma aus den USA während des ersten Golfkriegs zwischen Irak und Iran legal Milzbrandkulturen an den Irak exportiert. Aber auch deutsche Firmen haben Kriegswaffen(teile) an den Irak geliefert.

(IMI e.V. Tübingen, Tel. 07071-49154, Fax 07071-49159, 8. Februar 1998)

Die bundesdeutschen Vertreter haben die Münchener Tagung genutzt, um die französischen Bemühungen für eine politische (Zwischen-)Lösung der Irak-Krise öffentlich zu brüskieren. Wie hat die französische Regierung darauf reagiert? Wird die französische Position im Irak-Konflikt nicht auch von anderen EU-Mittelmerländern geteilt?

Die Bundesregierung hat sich mal wieder als willfähriger Erfüllungsgehilfe der US-amerikanischen Kriegstreiberpolitik profiliert. Dabei war es vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem Angebot zur Nutzung von militärischen Luftbasen egal, daß er die so hochgelobte deutsch-französische Freundschaft aufs Spiel gesetzt hat. Die Position der französischen Regierung ist gegenüber der Position der Bundesregierung doch auffallend differenzierter. Die französische Regierung setzt ja durchaus auf diplomatische Möglichkeiten. Am weitesten geht jedoch die Position der spanischen Regierung, die keine Militärstützpunkte für Zwischenlandungen zur Verfügung stellen wird. Eigentlich eine Position, die eine deutsche Regierung aufgrund der deutschen Geschichte mindestens einnehmen müßte.



→ Von US-Präsident Bush und der Zeit des ersten US-Golfkriegs stammt die Formel „Partner in leadership“ für das Verhältnis der BRD zu den USA. Etwas vergröbert: Die USA akzeptieren die deutsche Vormacht auf dem europäischen Kontinent und wünschen dafür Rückendeckung z.B. für ihre Nahostpolitik. War München jetzt auch ein Signal für einen neuerlichen Golfkrieg? Wie reagiert die Friedensbewegung auf diese Gefahr?

Die Formel „Partner in leadership“ hat meiner Ansicht nach an Bedeutung verloren, da der Hegemonialanspruch der USA inzwischen allumfassend formuliert wird. Am liebsten wäre der US-Regierung ein loyaler Stellvertreterstaat in Europa, nur den spielt nicht einmal diese Bundesregierung. Bei der Wehrkundtagung in München wurde zwar offensiv für den Krieg gegen den Irak geworben, aber die Entscheidungen dazu fallen anderswo. Mein Eindruck ist, daß die Friedensbewegung nach einer der Kompliziertheit des Konflikts geschuldeten Verzögerung jetzt mit Informationen und zunehmend auch Aktionen reagiert.

Die Bundesregierung hat die Münchner Tagung genutzt für die Botschaft: „Wir haben mehr weltpolitische Pflichten – auch wegen der NATO-Osterweiterung“. Die SPD macht wie immer alles mit. Droht jetzt nach den Wahlen eine weitere Anhebung des Rüstungshaushalts? Welche Überlegungen gibt es in der eigentlich Friedensbewegung für ein Eingreifen in die Bundestagswahlen?

Ich rechne damit, daß die SPD als Eingangsvoraussetzung für die Teilnahme an einer anderen Bundesregierung die Zustimmung zur NATO (einschließlich NATO-Osterweiterung) und zur neuen Bundeswehr mit all ihren Implikationen einfordern wird. Nicht einmal für eine andere, entmilitarisierte Außenpolitik sehe ich derzeit ein ernsthaftes Interesse, Durchsetzungsvermögen bzw. eine Relevanz bei SPD und Bündnisgrünen. In der Friedensbewegung gibt es sehr viele gute Ansätze, sich inhaltlich in den Bundestagswahlkampf einzumischen. Uns bei IMI ist es sehr wichtig, daß Forderungen nach qualitativer Abrüstung in der Debatte eine wichtige Rolle spielen. „Qualitative Abrüstung“ meint die Abrüstung der Komponenten, die die neue „Qualität“ der Bundeswehr ausmachen: Dies sind die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ als Grundlagendokument für die neue Strategie der Bundeswehr. Dies sind die sogenannten Krisenreaktionsstreitkräfte (KRK) der Bundeswehr, mit denen die weltweiten Einsätze durchgeführt werden sollen. Und dies sind die derzeit laufenden mindestens 215 neuen Beschaffungsprojekte in einer Höhe von mindestens 170 Milliarden DM, mit denen die Bundeswehr auch umgerüstet wird zu einer weltweiten Interventionsarmee.



So sieht er sich am liebsten: als „Automan“ am Steuer – notfalls auch mit Beifahrer.

Schröders neue Malochergesellschaft¹

Von Anne Allex

Aus dem Lager der konservativen und neoliberalen Politik tönt seit Jahren die Parole Lohnnebenkosten senken, um den Standort Deutschland zu retten, wird von Union und FDP Deregulierungspolitik in der Arbeitsförderung und sozialen Sicherung betrieben. Sozialer Sicherungssysteme und der öffentlich geförderten AFG-Arbeitsmarkt werden zurückgebaut. Sozialer Bürgerrechte werden demonstriert. Als Folge werden weiter Arbeitsplätze vernichtet, Erwerbslose produziert und die prekäre Beschäftigung ausgedehnt. Bei 38,5 Mio. Erwerbspersonen in der BRD sind über 12 Mio. Menschen² prekär beschäftigt, 4,3 Mio. erwerbslos, 2,5 Mio. beziehen Sozialhilfe außerhalb von Heimen; über 2 Mio. sind in der Stillen Reserve. Das am weißen deutschen Facharbeiter orientierte Normalarbeitsverhältnis zerbröselt und wird von sozialversicherungsfreier Arbeit mit untertariflicher Bezahlung abgelöst.

Nicht nur die VertreterInnen der politischen Macht sind vom Weg in eine stark hierarchisierte Arbeitsgesellschaft mit working-poor beeindruckt. Auch SPD-PolitikerInnen wollen endlich von den Wirtschaftsbossen anerkannt werden. Der Möchtegern-Bundeskanzler Gerhard Schröder zollt auf seinem Weg seinen Verbündeten in der Wirtschaft mit seinem Thesenpapier „Mit Mut und Kraft für Innovation und Wachstum in Deutschland“ den erforderlichen Tribut. Knackiger und ehrgeiziger als je eine Lektüre des Arbeitgeberverbandes oder der CDU/ CSU liest sich sein diskursives Thesenpapier. Dem Zögling der Arbeit aristokratie gelingt viel besser als den Neokonservativen bzw. -liberalen, die Vision einer neuen sozialreaktionären Ar-

beitsgesellschaft zu konturieren. Er überholt rechts, ohne links zu blinken.

Mit einem Kotau vor der „naturgegebenen Globalisierung“ ergibt er sich voll dem Marktgeschehen in der internationalen Konkurrenz: „Die ... neue Qualität der internationalen Arbeitsteilung hat nicht nur zu einem verschärften Wettbewerb auf den globalisierten Märkten für Kapital, Güter und Dienstleistungen geführt, sondern auch die Arbeitsmärkte in bisher nicht gekannter Weise internationaler Konkurrenz ausgesetzt. Der Schutz dieser Märkte durch nationale Politik ist weitgehend unmöglich geworden“³. Ohne einen Gedanken an die mühsam erkämpften Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung, die Entstehungsgeschichte der sozialen Bürgerrechte und der arbeits- und sozialrechtlichen Standards in der BRD zu verschwenden, werden „geschützte Arbeitsmärkte“ aufgegeben und dem Kapital zum Fraß vorgeworfen. Statt dessen soll das „Modell Deutschland“ eine produktive, sozial befriedete Gesellschaft⁴ werden. Das Wort „Befriedung“ ist mit Bedacht gewählt. Denn es geht keineswegs um mehr Rechte oder bessere Arbeitsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen.

Das Ziel soll mit „Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft“⁵ erreicht werden, die durch angeblich fehlende ökonomische Flexibilität und Mobilität als Konsequenz fehlender sozialer Integration⁶ verursacht werden. Gleichzeitig wird eine Synthese von hochmoderner Ökonomie und sozialer Integration⁷ versprochen, die in den USA nicht gelungen ist. Trotz relativ intakter sozialer Sicherung wird der entstandene Reformstau zu Lasten der Beschäftigung gehen und die Arbeitslosen und ihre Familien mit voller Wucht treffen⁸. Zur Lösung dieses kon-

struierten Widerspruchs sollen an erster Stelle die Rahmenbedingungen des Faktors Arbeit in Deutschland in einem Korridor der Verlässlichkeit neu justiert⁹ werden. Und dieser Korridor muß von alten Positionen „entrümpelt“ werden: Der bei uns zu teuere Faktor Arbeit muß in enger Abstimmung mit den Tarifvertragsparteien eine Kostenentlastung zugunsten der unteren Qualifikations- und Einkommensgruppen¹⁰ erfahren.

Obere und mittlere Einkommensgruppen sollen nicht verzichten, um untere Einkommen aufzustocken. Nein, noch mehr Arbeit zu unteren Erwerbseinkommen soll mobilisiert werden, obwohl 1995 bereits 2,77 Mio. Vollzeitägige¹¹ Einkommen unter der Armutsschwelle hatten. Gerade in mittleren und unteren Einkommensgruppen, z.B. im Einzelhandel, besteht eine starke Spreizung der Löhne bei hoher Zahl der Tarifgruppen. Eine Aufstockung von Niedriglöhnen mit Lohnkostenzuschüssen (LKZ) durch eine Schrödersche Grundversorgung (ähnlich Hundtschem Kombieinkommen) hat keine Zukunft. Durch die Anreizung kleiner Löhne plus LKZ plus Sozialhilfe würde sich vollständig subventionierte Erwerbsarbeit im privaten Sektor entwickeln. Dazu hat der Staat kein Geld.

Zur Entlastung des „Faktors Arbeit“ von Lohnnebenkosten sollen nach Schröders Wünschen die Einkommenssteuern gesenkt und Teile der Kosten sozialer Sicherung über Steuern finanziert¹² werden. Diese Senkung der Einkommenssteuern könnte direkt durch die Senkung des Einkommensteuersatzes oder indirekt durch die Erhöhung der Freibeträge erfolgen. Wer dann wie abgesichert ist, entscheidet der Steuerbescheid. Menschen mit unzureichendem Erwerbseinkommen bekommen ihre Minilöhne dann durchs Finanzamt aufgestockt. Soziale Sicherungssysteme (Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung) werden an die veränderte Organisation der Arbeitswelt und an die Netzwerk-Strukturen der Wirtschaft von morgen¹³ angepaßt. Sie werden einfach abgeschafft. Maßgebend für den sozialen Besitzstand ist dann nur noch die Höhe des Erwerbseinkommens. Auch mittlere und obere Erwerbseinkommen sollen durch eine Belastung von Umweltverbrauch und -konsum¹⁴ durch die Anhebung der entsprechenden Verbrauchssteuern (Mineralöl oder Heizöl) verkleinert werden.

Bei der Schröderschen Modernisierung der Arbeitsgesellschaft wird von einschneidenden Änderungen mit existenziellen Nöten für ArbeitnehmerInnen ausgegangen: Aber weil wir Veränderungen wollen, werden wir denen, die ökonomisch von der Lohntüte leben und keine lebenssichernden Vermögenswerte haben, das Vertrauen geben, daß sie in existentiellen Schwierigkeiten nicht allein gelassen werden. Eine existenzsichernde Grundversorgung soll das mildern.

Anschließend läßt Schröder die Katze

aus dem Sack. Arbeit statt Arbeitslosigkeit soll finanziert werden. Mindestabsicherung ohne Arbeit wird nicht geduldet. Der rechten Rand der SPD verlangt dies schon immer. Ein soziales Mindestniveau an Einkommen und der Abbau der Arbeitslosigkeit können miteinander in Einklang gebracht werden, indem wir für eine Übergangszeit die Aufwendungen für Arbeitslosigkeit für die Subventionierung von Löhnen und Einkommen verwenden¹⁵. Neben steuerlichen Erleichterungen für Niedriglohngruppen sowie Teilzeitarbeit werden wir für eine Übergangszeit Einkommensbeihilfen bis zur Höhe eines Familien-Existenzminimums zahlen („negative Einkommenssteuer“). Im Gegenzug zu diesen Lohnsubventionen werden wir die nach geltendem Recht schon möglichen Sanktionen bei der Ablehnung zumutbarer Arbeit voll ausschöpfen¹⁶. Der Staat ist nur für eine Übergangszeit verpflichtet, Niedriglöhne anzuheben. Gegenleistung ist die Ableistung von Erwerbsarbeit.

Schröder führt die Kampagne gegen Sozialleistungsmißbrauch von CDU, CSU und F.D.P. konsequent zu Ende. Nur 675 000 Menschen mit Sozialhilfe wären potentiell überhaupt arbeitsfähig, darunter Alleinerziehende. Die Annahme, daß sie vom Arbeitszwang verschont werden, ist nicht zutreffend. Da jedoch direkter Arbeitszwang auch 1997 immer noch auf Proteste vieler Menschen trifft, wird ein stummer Zwang der Verhältnisse geschaffen, in dem sich alle zur Arbeit mit schlechten Konditionen schleppen. O-Ton Gerhard Schröder: Wir werden dafür sorgen, daß mehr Menschen von personenbezogenen Dienstleistungen leben können. Das setzt eine Neuformulierung der Ziele, Regeln und des Niveaus im System der Sozialhilfe voraus, die wir unverzüglich in Angriff nehmen werden¹⁷. Leute sollen demnächst Klinken putzen, um zur „existenziellen Grundversorgung“ ein paar Mark hinzuzuverdienen. Soweit soll die Sozialhilfe abgesenkt werden. Und das Bundesministerium für Gesundheit und Soziales arbeitet schon daran. Dazu werden die Freibeträge für Erwerbsarbeit von SozialhilfeempfängerInnen angehoben und in Verbindung mit dem Lohnabstandsgebot nach § 22 BSHG die Regelsätze abgesenkt. Schröders Strategie führt in die DienstbotInnengesellschaft, die das Arbeitskräftepotential von Kindern, Rennern, Menschen mit Behinderungen oder gar nicht arbeitsfähigen Leuten flüssig macht. Diesen Weg lehnen wir ab.

Anne Allex ist Mitarbeiterin der PDS im Bundestag

¹ Schröder, G., 1997, „Mit Mut und neuer Kraft für Innovation und Wachstum in Deutschland.“ Eckpunkte einer sozialdem. Modernisierungs- u. Reformpolitik, Thesen, These 1; ² Eigene Berechnungen; ³ Ebenda, These 1, S. 1.; ⁴ Ebenda, These 1; ⁵ Ebenda, These 2, S. 1.; ⁶ Ebenda, These 2, S. 1.; ⁷ Ebenda These 2, S. 1.; ⁸ Ebenda.; ⁹ Ebenda.; ¹⁰ These 5, S. 2.; ¹¹ Pohl, Schäfer, 1996, Niedriglöhne. Armut trotz Armut.; ¹² These 5, S. 2.; ¹³ These 8, S. 4.; ¹⁴ Ebenda, S. 2.; ¹⁵ These 9, S. 4.; ¹⁶ Ebenda.; ¹⁷ These 11, S. 5.

Kani Yilmaz zu 7 1/2 Jahren verurteilt und auf Halbstrafe entlassen worden

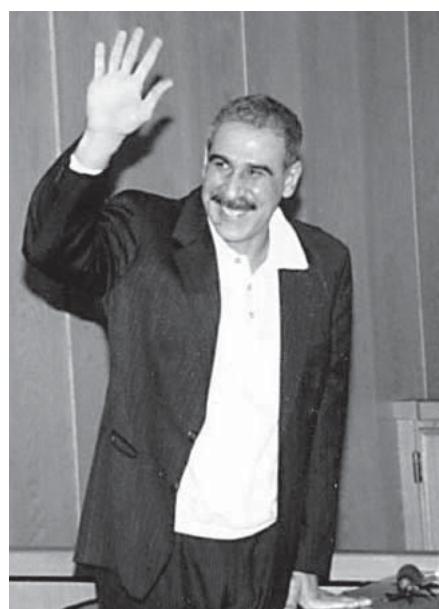
Urteil gegen früheren ERNK-Europasprecher

Am 11. Februar verurteilte das OLG Celle den kurdischen Exilpolitiker Kani Yilmaz zu siebenhalb Jahren Gefängnis als „Täter hinter dem Täter“ für Anschläge gegen türkische Einrichtungen im Juni und November 1993. Nach der Urteilsverkündung und dem Verzicht auf Rechtsmittel durch Bundesanwaltschaft und Verteidigung kam Kani Yilmaz noch am gleichen Tag nach der Halbstrafenregelung auf Bewährung auf freien Fuß. Tags drauf beschwerte sich das türkische Außenministerium in einer Note über seine Freilassung und forderte die Auslieferung.

Kurz zur Person Kani Yilmaz und zum Hintergrund des Verfahrens:

Kani Yilmaz, mit bürgerlichem Namen Faysal Dunlayici, wurde 1950 bei Urfa im türkisch besetzten Kurdistan geboren. Er arbeitete in den siebziger Jahren in einer Abteilung des türkischen Landwirtschaftsministeriums. 1976 wurde er Gewerkschaftssekretär der TIS-Gewerkschaft. In dieser Zeit fanden in Kurdistan Aktionen der Landarbeiter und armen Bauern gegen die Großgrundbesitzer statt. Kani Yilmaz beteiligte sich an der Diskussion zur Lösung der kurdischen Frage, die zum Aufbau der Arbeiterpartei Kurdistans PKK führte. An ihrer offiziellen Gründung am 28. November 1978 war er führend beteiligt.

Am 14. Mai 1980 wurde er bei Urfa verhaftet. Die türkische Polizei hängte ihn an einem Seil an einen Hubschrauber und flog ihn so zur Polizeizentrale nach Urfa, wo er einen Monat lang schwer gefoltert wurde. Zwei Jahre später fand sein Prozeß statt, in dem er wegen Mitgliedschaft in der PKK zu 21 Jahren Haft verurteilt wurde. Weitere acht Jahren Gefängnis erhielt er wegen seiner politischen Verteidigung. →





Nach der Freilassung eine kleine Feier. Fotos: res

→ Nach neuneinhalb Jahren Haft in den berüchtigten Gefängnissen von Diyarbakir und Eskisehir wurde er 1989 entlassen. Als er sofort wieder verhaftet werden sollte, tauchte er unter und lebte illegal in Istanbul unter dem Namen Kani Yilmaz, arbeitete dort als Journalist und baute die Zeitung *Yeni Ülke* auf. Nach einer landesweiten Razzia gegen *Yeni Ülke* und der Verhaftung zahlreicher Mitarbeiter verließ er im Februar 1993 die Türkei, kam nach Deutschland und wurde wegen seiner politischen und journalistischen Tätigkeit in der Türkei als politischer Flüchtling anerkannt.

Seither arbeitete Kani Yilmaz als Europasprecher der ERNK. In dieser Funktion unternahm er zahlreiche Reisen zu Verhandlungen über die Einleitung eines Friedensprozesses in Kurdistan. Er steht auf der Todesliste des türkischen Regimes, die im Juli 1993 in Hürriyet mit Billigung der damaligen Ministerpräsidentin Tansu Ciller veröffentlicht wurde. Nach seiner Verhaftung durch britische Polizei auf dem Weg zu Gesprächen im Parlament in London am 26. Oktober 1994 saß er 1014 Tage in dem Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh-Prison. Die Türkei stellte sofort einen Auslieferungsantrag. Der Karlsruher Bundesgerichtshof erließ fünf Tage später Haftbefehl wegen „Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und die Bundesanwaltschaft forderte seine Auslieferung. Am 19.8. 1997 wurde er an die BRD ausgeliefert, wo er bis zum am 11. Februar 1998 im Celler Gefängnis einsaß.

Erst kurz vor Urteilsverkündung hatte die Bundesanwaltschaft den Vorwurf nach § 129a aufgegeben und der Generalbundesanwalt erklärt, daß heute nicht mehr von einer „terroristischen“ sondern von einer „kriminellen Vereinigung“ in der PKK auszugehen sei. Das OLG Celle kam in seinem Urteil, gestützt auf die Aussagen von Kronzeugen, zu dem Schluß, daß Kani Yilmaz als Führungsmitglied der PKK an der Spitze der „Kette“ – Europaführung mit „Frontzentrale“, Regions-, Gebiets- und Stadtteilverantwortliche – stand. Deshalb seien unter seiner Verantwortung und mit seiner ausdrücklichen Billigung die Anschläge

im Juni und November 1993 in der BRD durchgeführt worden. Das Gericht konstruierte: Verantwortlichkeit in der PKK bedeutet gleichzeitig Verantwortlichkeit für alle in der BRD verfolgten Straftaten von Kurden. Man könne ihm zwar nichts nachweisen, aber er sei die „Spitze der Befehlskette“ und habe dementsprechend unter „Erfolgsdruck“ gestanden. Darauf aufbauend wurde er wegen „Mitwisserschaft“ an drei schweren und 22 versuchten Brandanschlägen, 25 Anschlägen mit Sachbeschädigungen und 24 weiteren Sachbeschädigungen verurteilt. Strafmildernd wurde seine Parteiarbeit für die friedliche Lösung der Kurdenfrage bewertet. Richter Kupsch führte dazu aus: „Die PKK kämpft in der Türkei um die politische Anerkennung.“ Zum Schluß sagte er, daß die Ansprüche der Kurden und ihre Forderungen in der Türkei anerkannt werden. Positiv aufgenommen wurde die Erklärung von Kani Yilmaz, daß die Einschätzung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalans für ihn Verbindlichkeit besäße, wonach die Anschläge ein Fehler waren. Weiter bewertete das Gericht jeden Tag der Auslieferungshaft in Großbritannien mit dem Faktor 1,2 Tage, so daß die Freilassung von Kani Yilmaz mit der Urteilsverkündung erfolgen konnte.

Bei aller Freude über die Freilassung von Kani Yilmaz: Der Ausnahmezustand für Kurden in der BRD bleibt bestehen, man kann die Situation mit „Verbot statt Dialog“ beschreiben. Bisher hält die deutsche Politik an ihrem Kurs der gewaltsamen Unterdrückung aller kurdischen Emanzipationsbestrebungen fest. Erst kürzlich lehnte die Innenministerkonferenz erneut die Aufhebung des Betätigungsverbots von PKK und ERNK ab. Anstatt Stellung gegen eine dauerhafte türkische Invasion im kurdischen Nordirak zu beziehen, leistet die Bundesregierung weiter Waffen- und Wirtschaftshilfe. Mehr noch: Sie betrieb während die Regelung der europäischen Polizeikonferenz, wonach der Türkei die Verantwortung für die Eindämmung der von der türkischen Invasion hervorgerufenen kurdischen Flüchtlingsströme übertragen wurde.

**Das Volk braucht nicht mehr informiert zu werden!
Am 25.4. in Bonn:**

Kongreß gegen das MAI

Von Maria Mies

„Wir hier in Kanada sind alle ganz beschäftigt mit dem Kampf gegen das M.A.I.“, schrieb mir im Frühsommer 1997 die Umweltaktivistin und Feministin Terry Woolfwood. Was war M.A.I.? Ich hatte nie etwas darüber gelesen. Darauf schickte mir Terry einen ganzen Packen Kommentare zum M.A.I., dem „Multilateral Agreement on Investment“ (Multilaterales Abkommen über Investitionen), über das seit Mai 1995 in Paris am Sitz der OECD, dem Club der 29 reichsten Länder der Welt, verhandelt wird.

Was ist das M.A.I.? Der Originaltext wurde im Januar 1997 unter strengster Geheimhaltung unter den Regierungen und den Multinationalen Konzernen der OECD-Länder verteilt. Vertreter der liberalen Partei Kanadas wurden angewiesen, sie sollten, wenn gefragt, die Sache herunterspielen: Die Souveränität Kanadas sei keineswegs gefährdet. Doch im März 1997 wurde der Originaltext Tony Clark vom Polaris-Institut zugespielt, der eine Analyse erstellte, die vom Canadian Centre for Political Alternatives (Kanadisches Zentrum für politische Alternativen, CCPA) herausgegeben wurde (1) und in ganz Kanada Empörung hervorrief und eine breite Kampagne gegen das M.A.I. auslöste.

Hierzulande geschah nichts dergleichen, obwohl nicht nur Regierungsvertretern, sondern auch Oppositionsparteien und die Presse zumindest über die Existenz der OECD-Verhandlungen informiert sein mußten. Eine Delegation von GewerkschafterInnen erfuhr im Juni 1997 anlässlich der ILO-Jahreskonferenz in Genf dort von der Existenz der M.A.I.-Verhandlungen und dem Vertragsentwurf. Sie informierten zunächst die Führung der Gewerkschaften und der SPD und dann fuhr eine Delegation zum BMWi nach Bonn. Die Delegation stellte fest: „Ein so weitgehender Vertrag stellt ohne Zweifel die Souveränität der Völker, der Nationalstaaten mit ihren frei gewählten Parlamenten und Regierungen in Frage. Wir sind der Meinung, daß keine Regierung das Recht hat, ein Abkommen zu unterzeichnen, das die Souveränität der Völker zugunsten der schrankenlosen Durchsetzung der Interessen

der multinationalen Konzerne einschränkt ... Wir fordern die Veröffentlichung des M.A.I.!"

Dr. Zimmer vom BMWi erklärte, es sei ein Mißverständnis, daß im M.A.I. Fragen der Souveränität, der Arbeitsschutzrechte, der Tariffreiheit, des Umweltschutzes berührt würden. Wenn die Verhandlungen abgeschlossen seien, werde das Ergebnis dem Bundestag zugeleitet, der sicherlich zustimmen würde. Die Frage, warum die ganze Sache geheim gehalten würde, beantwortete er nicht. Er erklärte lediglich: „Es ist legitim, den normalen Bürger nicht zu fragen, unter welchen Rahmenbedingungen ein Unternehmen im Ausland investieren kann.“

Worum geht es beim M.A.I.? Angeblich „nur“ um den „Schutz“ von Investitionen im Ausland. Tony Clark vom CCPA schreibt jedoch, daß es beim M.A.I. darum geht, einen ganzen Satz neuer globaler Regelungen für Investitionen durchzusetzen, die den multinationalen Konzernen unbegrenzte Rechte und Freiheiten gewährt, überall in der Welt zu kaufen, zu verkaufen, zu besitzen, zu produzieren, wo und wie sie wollen und dabei von keiner nationalen Gesetzgebung in bezug auf Arbeitsrechte, Umweltschutzgesetze, Menschenrechte mehr behindert werden sollen. Das M.A.I. sei in der Tat eine neue „Bill of Rights“, eine neue „globale Verfassung“, wie der Chef der WTO (Welthandelsorganisation), Ruggiero, es ausdrückte. Diese neue Verfassung gilt aber nur für das transnationale Kapital. Und die Rechte und Freiheiten gelten nur für die Multis, nicht mehr für die nationalen Regierungen und die Bürger. Die Regierungen, die das M.A.I. unterzeichnen, haben vielmehr die Pflicht, die Gesetze ihres Landes, aber auch die aller subnationalen Ebenen (Länder und Gemeinden) M.A.I.-konform zu machen.

Worum geht es im einzelnen?

1. Nach Clark geht es zunächst um die praktische Übertragung politischer Rechte und politischer Macht an die Multis. Dazu gehört u.a., daß in- und ausländische Investoren den gleichen juristischen Status wie Nationalstaaten haben. Die Politik steht nicht mehr über der Wirtschaft. Sie hat ihr vielmehr zu dienen.

2. Die Multis definieren, was „Investitionen“ sind. Dazu gehören „jedes beliebige vertraglich gewährte Recht; jede Form von intellektuellem Eigentum und allgemeiner, jedwedes materielles und immaterielles, mobiles und immobiles Eigentum. Also auch Geschäfte mit Patenten auf pflanzliche, tierische, menschliche Gene, Investitionen aus Spekulationen, aus Waffen- und Drogenhandel.

3. Ausländische Investoren müssen wie inländische behandelt werden. Das ausländische Unternehmen genießt alle Steuer- und Subventionsvorteile, die auch einem inländischen gewährt werden.

4. Keine Regierung hat das Recht, den

Konzernen Auflagen zu machen in bezug auf Arbeitsplätze, Standortsicherung, den freien Transfer des Gewinns. Die Unternehmen sind nicht verpflichtet, ihn dort zu investieren, wo sie ihn gemacht haben.

5. Bei Streitfällen haben Investoren das Recht, von dem Gaststaat Schadensersatz für Verluste der Investition oder zu erwartender Profite zu verlangen. Andererseits brauchen sie selbst keinen Schadensersatz für verursachte soziale und ökologische Schäden zu zahlen. Den Unterzeichnern ist es verboten, „direkt oder indirekt zu enteignen ... in Ausnahme in Fällen von öffentlichem Interesse“, die aber sofort angemessen entschädigt werden müssen.

6. Alle noch nicht privatisierten Staatsunternehmen oder „Staats-Monopole“ – wie das M.A.I. sie nennt – (also: Post, Wasser, Erziehungswesen usw.) müssen ausschließlich nach wirtschaftlichen, d.h. gewinnmaximierenden Gesichtspunkten geführt werden. Wenn sol-

schreibenden Regierungen, auch in Zukunft keine neuen Gesetze zu verabschieden, die nicht mit dem M.A.I. übereinstimmen. Das heißt, die Liberalisierungspolitik wird auch für die Zukunft festgeschrieben.

Das M.A.I.-Abkommen gilt für 20 Jahre. Will ein Staat aus dem Vertrag austreten, muß er zunächst fünf Jahre nach der Unterzeichnung warten. Außerdem sind die ausländischen Investitionen in diesem Land für weitere 15 Jahre geschützt. Haupttriebkraft hinter dem M.A.I. ist die USA und das US-Council for International Business. Der Präsident dieses USCIB warnte in einem Brief vom 31.3.1997: „Das M.A.I. ist ein Abkommen der Regierungen, die internationalen Investoren und ihre Investitionen zu schützen und das Investitionsregime zu liberalisieren. Wir werden uns grundsätzlich allen Maßnahmen widersetzen, die darauf hinauslaufen, daß Regierungen oder Firmen bindende Verpflichtungen schaffen oder gar anwenden, die etwas mit der Umwelt oder mit Arbeit zu tun haben.“

Anfangs sollte das M.A.I. im Rahmen der WTO verhandelt werden. Aber die USA fürchteten, daß dann die Entwicklungsländer als Mitglieder der WTO das ganze Abkommen „verwässern“ würden. Sie wollten ein „high standard“-Abkommen, das „die Interessen der US-Investoren im Ausland schützen solle“. Die Dritt Weltländer sollen später diesem Abkommen beitreten können. Herr Zimmermann vom BMWi bestätigte, daß das M.A.I. ein „amerikanisches Kind“ sei, „das wir von Anfang an unterstützt haben.“

Also, den Schluß, den ich „normale Bürgerin“ aus dem Ganzen ziehe, ist der, daß wir nicht mehr informiert werden, wenn es um unsere Grundrechte, die Kontrolle über unser Leben, unsere Arbeit, unsere Ressourcen, um eine intakte Natur geht, sondern daß solche Verhandlungen im Geheimen geführt werden. Das Volk wird statt dessen mit „Tittitainment“ (Schumann / Martin) wie Fußball oder jetzt gerade dem Kult um Ladi Di beschäftigt.

Wer den vorausseilenden Gehorsam unserer Regierung sowie unserer „freien Presse“ gegenüber dem Kapital nicht mitmachen will, kann das vorliegende englische oder deutsche Informationsmaterial bei folgenden Adressen gegen DM 5 erhalten und verbreiten:

(englisch): Prof. Dr. Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln.

(deutsch): Justine Hauptmann, Am Sönsberg 8, 53949 Dahlem.

Prof. Dr. Maria Mies lebt im Ruhestand in Köln.

Quellen:

(1) Tony Clark, The Corporate Rule Treaty. A Preliminary Analysis, CCPA, 1997.

Inzwischen sind zwei Bücher von Tony Clark erschienen: 1. The Silent Coup: Confronting Big Business Takeover of Canada 2. (zus. mit Maud Barlow) M.A.I. - The Multilateral Agreement on Investment and the Threat to Canadian Sovereignty, Stoddart, Toronto 1997.

Raum und Ablauf des Kongresses gegen das M.A.I. standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Nachfragen sollen gerichtet werden an das „Komitee Widerstand gegen das M.A.I.“, c/o Prof. Dr. Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln, Tel. 02 21 - 13 52 49, Fax 02 21 - 13 91 737.

che „Monopole“ privatisiert werden, haben ausländische Investoren dasselbe Recht wie inländische, sie zu kaufen.

7. Die Regierungen haben die Pflicht, für politische Sicherheit und ein „günstiges Investitionsklima“ zu sorgen. Dazu gehört u.a. die sog. „Roll-Back“-Klausel: Das heißt, alle Gesetze und Regeln eines Landes, die der Liberalisierung und Deregulierung noch entgegenstehen, müssen bis zu einem bestimmten Termin (sun-set-time) aufgehoben werden. Im Klartext heißt das: alle nationalen oder subnationalen Regelungen zum Schutz von Arbeitern und Arbeitsplätzen, zum Schutz von „Standorten“, Regelungen über Minimallöhne, Frauenarbeitschutzrechte, Umweltschutzgesetze, nationale Menschenrechtsbestimmungen, Regelungen zum Schutz von Minderheiten usw., wenn sie nicht ausdrücklich von den Regierungen im Anhang aus dem Abkommen herausgenommen werden, wurden zur Disposition gestellt.

8. In der sogenannten „stand still“-Klausel verpflichten sich die unter-

Die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ – was ist sie, wohin geht sie?

Von Achim Wahl

Kurz vor Mitternacht des 10. Februar, – der Präsident Georgiens, Eduard Schewardnadse saß im Fond seines Wagens –, wurde seine Wagenkolonne von einer mindestens 15 Mann starken Gruppe schwer bewaffneter aus Granatwerfern und Maschinenpistolen beschossen. Schewardnadse überlebte dank des gepanzerten Autos. Der Überfall ereignete sich auf einem zentralen Platz der Hauptstadt Tbilissi.

In Kyrgystan, das Bundespräsident Roman Herzog vor Tagen besuchte, schaltet und waltet Präsident Askar Akajew nach eigenem Gutdünken: Nachdem er zuerst einmal fast die gesamte Opposition ausschaltete, brachte er nun im Parlament ein Gesetz durch, das die gesamte Presse unter Kontrolle stellt und bis auf eine oppositionelle Zeitung alle anderen ausschaltet.

In Tadschikistan schwelt nach wie vor der Konflikt zwischen den Bürgerkriegsparteien, die sich nur mühsam am Verhandlungstisch trotz UN-Beobachtertruppe zusammenraufen. Präsident Rahmonow hintertreibt immer wieder die mit der Opposition vereinbarten Maßnahmen und blockiert die im Abkommen vorgesehene Machtteilung.

In Armenien trat Anfang Februar Präsident Ter-Petrosjan zurück, dem Verrat armenischer Interessen im Nagorny Karabach-Konflikt vorgeworfen wird. Er machte den Stuhl frei für den „Hardliner“ Kotscharjan, der gegen den Rückzug armenischer Truppen aus den besetzten aserbaidschanischen Gebieten ist und sich die Unterstützung wichtiger politischer Kräfte gesichert hat.

Nur in wenigen der Republiken, die außer den Staaten des Baltikums, Mitglied der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ sind, ist politisch Ruhe eingezogen. Die Aufzählung politischer Konflikte und Krisen ließ sich beliebig – auch auf Rußland als Hauptmacht der GUS – fortsetzen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Abschluß des Abkommens über die Gründung der GUS im Dezember 1991 hat sie schon einige schwere Zeiten durchlebt und ist in ihrer Gesamtheit schwächer als je zuvor.

Schwierige Zusammenarbeit in der GUS

Die Entwicklung der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS gestaltet sich trotz der über miteinander abgeschlossenen 2000 Verträge als sehr schwierig. Rußland agiert in Richtung GUS sehr vorsichtig, was auch aus der Überlegung resultiert, daß es sich bei engerer Gestaltung der Beziehungen mit den GUS-Staaten bedeu-

tende wirtschaftliche Lasten aufbürdet, da die wirtschaftlich-soziale Lage in der Mehrheit dieser Republiken äußerst kritisch ist.

Im März 1996 wurde von den Präsidenten Rußlands, Belorusslands, Kyrgystans und Kasachstans ein Vertrag unterzeichnet, der die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und einer Zoll- und Währungsunion vorsieht. Aus diesem Kreis erwies sich Belorussland als der aktivere Partner für Rußland, so daß ebenfalls März 1996 über die Schaffung eines „Slawischen Bundes“ nachgedacht wurde, der schließlich am 2.4.1997 in Gestalt eines Vertrages über die Schaffung einer Union Rußland-Belorussland zwischen Jelzin und Lukaschenko unterzeichnet wurde. Ein wesentlicher Schub für eine beschleunigte Integration mit anderen GUS-Staaten ist durch diesen Vertrag jedoch nicht zu erwarten. So widersprüchlich wie diese Entwicklung ist und so widersprüchlich sich auch die einzelnen GUS-Staaten verhalten, läßt sich jedoch erkennen, daß Rußland über eine solche Entwicklung außerordentlich besorgt ist und nun offenbar den Weg der Schaffung einer Art Kern-GUS gehen will. Auch der Abschluß eines Freundschaftsvertrages Rußland-Ukraine im Juni 1997 weckt jedoch keinesfalls die Hoffnung auf eine entscheidende Verbesserung der Beziehungen, sondern muß vielmehr als ein Abgehen von bisherigen Positionen Rußlands gesehen werden, da Jelzin auf die Stadt Sewastopol verzichtete und die Übergabe der Krim, wie sie 1991 in im Auflösungsverfahren der SU in Beloweschk vereinbart wurde, nicht korrigierte.

Die im Oktober letztmalig in Chisinau (Republik Moldova) tagenden GUS-Präsidenten übten an der Haltung Rußlands unverblümten Kritik und äußerten offen Zweifel an der Lebensfähigkeit der GUS. Die nächste Tagung, die Januar 1998 anstand, kam bisher nicht zustande. Es ist offensichtlich, daß die Bande innerhalb der GUS sowohl politisch als auch wirtschaftlich sich weiter gelockert haben und gegenwärtig kein großes Interesse besteht, die GUS zu beleben.

Ein wesentlicher Hinderungsgrund besteht in den nach wie vor ungelösten territorialen Konflikten: Selbstständigkeitsbestrebungen der Dnestr-Republik in Moldova, der Streit zwischen Aserbaidschan und Armenien um Nagorny Karabach, der schwelende Konflikt in Tadschikistan. In einigen Republiken werden auch die Forderungen nach Abzug der russischen Truppen immer lauter (Georgien, Tadschikistan, Kasachstan). Vor allem ist der Kaukasus eine Region mit vielen ungelösten Problemen. Anhaltende

Spannungen zwischen Moskau und Grosny um die „vollständige Anerkennung der Unabhängigkeit“ Tschetscheniens verhindern die Umsetzung der vor Jahresfrist vereinbarten Verträge zwischen Rußland und Tschetschenien. Nicht wenige Regionen Rußlands könnten dem Beispiel Tschetscheniens folgen und mit ihren Bestrebungen zur Selbständigkeit zu einem Zerfall der Republik Rußland beitragen.

Der in diesen Ländern sich vollziehende Transformationsprozeß bringt erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Aus ihm resultieren politische Macht- und Positionskämpfe zwischen alten Strukturen und neuen sich entwickelnden Kräftegruppierungen. Nach wie vor fehlt den neuen Eliten in den ehemaligen Sowjetrepubliken der politische Wille zur Zusammenarbeit oder gar zur Integration. Selbst bei gutem Willen müßten die Veränderungen berücksichtigt werden, die in den zurückliegenden Jahren in der Zusammenarbeit mit westlichen Staaten und zu deren Gunsten geschaffen wurden. Diese stehen den Integrationsbestrebungen entgegen und wären nur schwer zu kompensieren.

Suche nach Partnern im Westen

Rußland ist wirtschaftlich nicht in der Lage, den neuen Republiken zu helfen; es wäre gegenwärtig mit einer solchen Absicht völlig überfordert. Das nach dem Zerfall der SU entstandene politische und wirtschaftliche Vakuum wurde im wesentlichen durch Positionsgewinne westlicher oder einiger Anrainerstaaten aufgefüllt. Vor allem in einigen mittelasienischen Republiken hat sich eine zunehmende Distanz zur Zentralmacht Rußland aufgebaut. Tendenzen einer Abgrenzung zu Rußland und Festigung der Eigenstaatlichkeit sind stärker ausgeprägt als das Streben oder der Wunsch nach Festigung der GUS. Neue Eliten halten Ausschau nach anderen Partnern und finden sie sowohl im Westen als auch in muslimischen Nachbarstaaten, die bestrebt sind, ihren Einfluß in den mittelasienischen Republiken auszubauen. Das Bekenntnis zum Islam ist Teil der nationalen Selbstbehauptung.

Nach dem Attentat auf Schewardnadse wurden wüste Spekulationen über die Urheber des Überfalls laut. Eine der Vermutungen, von Schewardnadse persönlich ausgesprochen, bezog sich auf die Streitigkeiten über den geplanten Bau einer Erdölleitung, die durch Georgien geführt werden soll.

Kampf um die Erdölquellen

Selbst wenn dafür keine tragfähigen Beweise geliefert werden, zeigt das die Bri-

sanz des Erdölproblems. Fast in allen Republiken, in denen Erdöl zur Verfügung steht, haben sich Dutzende von Interessenten eingefunden, die ihre Hand nach dem Erdöl ausstrecken. Schwerpunkte sind das Kaspische Meer mit mindestens sechs Anrainern, zuzüglich weiterer Interessenten wie Georgien, die Türkei und der Iran usw. und Mittelasien / Kasachstan. Eingestiegen sind aber vor allem amerikanische und englische Konzerne (Amoco, BP, Pennzoil, Exxon u.a.), die nach und nach russische Interessenten aus diesen Gebieten verdrängen. Es tobt ein harter Kampf.

In diesem Spiel treffen die Interessen der USA direkt auf die Konkurrenten aus Rußland und China, das sich in Kasachstan bedeutende Ölfelder durch Kauf gesichert hat. Neue strategische Rivalitäten sind entstanden. Einige Republiken sehen darin eine Chance, sich deutlich von Rußland abzugrenzen und mit den neuen Partnern zu arrangieren. Diese Partner sind durchaus daran interessiert, die Unabhängigkeit dieser Staaten von Rußland zu fördern. Für die GUS und ihre Festigung keine guten Aussichten. Ihre weitere Ausgestaltung wird sich sicher auch zukünftig als äußerst schwierig erweisen.

Achim Wahl ist Mitglied der AG FIP beim Bundesvorstand der PDS. Zwischenüberschriften von der Redaktion.

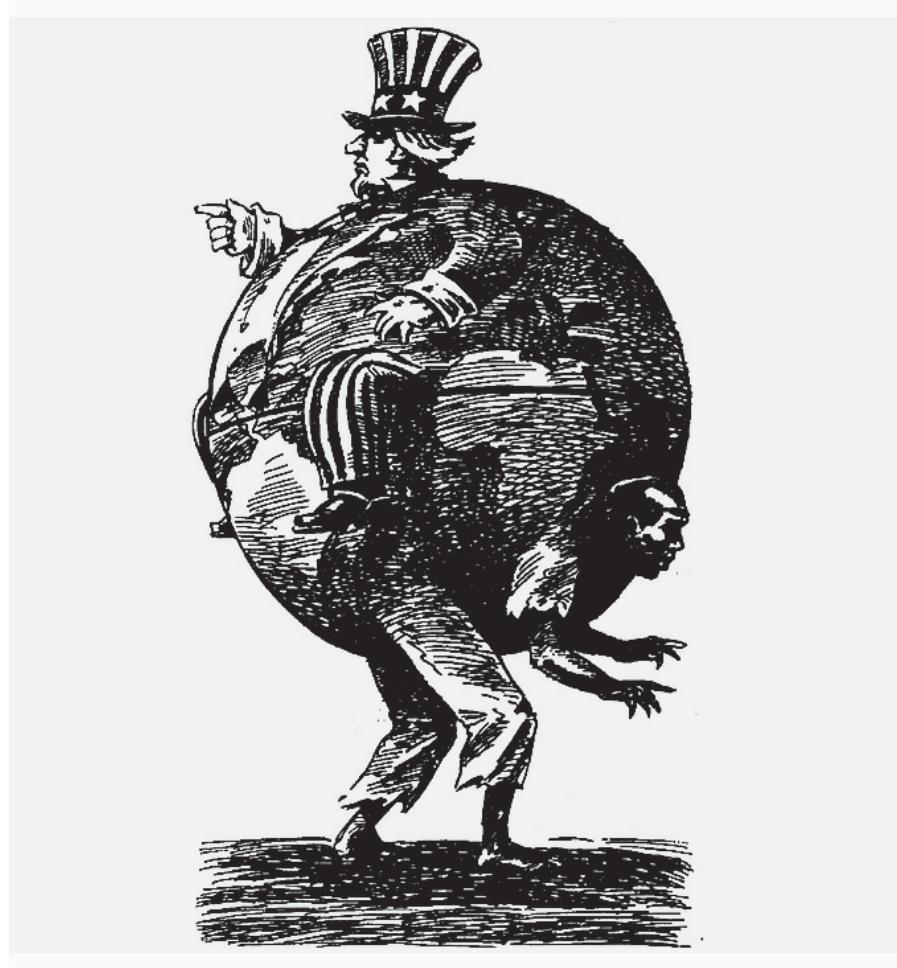
Mexiko

Viel Arbeit, wenig Lohn, kaum Rechte – Mexikos Maquila-Industrie

Von Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, Januar 1998, Poonal). – Mitte Oktober 1997 erreichten die Arbeiter der Teillfertigungsfabrik Han Young in der mexikanischen Grenzstadt Tijuana etwas Bemerkenswertes. Das Autoteile zusammensetzende Unternehmen und die Arbeitsbehörden mußten dem Willen der Beschäftigten nachgeben, sich einer unabhängigen Gewerkschaft anzuschließen. Für die fast 4 000 Firmen dieses Typs im Land, die Maquiladoras, ein Präzedenzfall. Er wird wohl keine Schule machen. Denn 20 internationale Beobachter sowie die Unterstützung des US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO und mehrerer Menschenrechtsgruppen waren nötig, damit die unabhängige Gewerkschaft sich bei Han Young durchsetzen konnte. Ein Kraftakt, der nicht ständig wiederholbar ist.

Als Maquiladoras werden die Unternehmen bezeichnet, die Produktionsgüter sowohl zollfrei ein- wie auch ausführen dürfen. Meist gelten weitere Vergünstigungen wie beispielsweise Steuerbefrei-



ungen, die die Produktion noch attraktiver machen. In Mexiko bildet das 1965 verabschiedete „Nationale Programm zur Industrialisierung der Nordgrenze“ die Grundlage für den Sonderstatus. Die Maquiladoras sind fast ausschließlich Teillfertigungsbetriebe in der Textil-, Elektronik- und Autoindustrie. Sie importieren Einzelteile, lassen sie von den billigen mexikanischen Arbeitskräften zusammensetzen und exportieren das Endprodukt. Inzwischen haben sich ein Drittel dieser Unternehmen auch in Bundesstaaten angesiedelt, die sich nicht direkt an der Grenze zu den USA befinden. Seit der Nordamerikanische Freihandelsvertrag NAFTA am 1. Januar 1994 in Kraft trat, hat der Maquila-Sektor einen sprunghaften Aufschwung erlebt.

Die mexikanische Regierung wird entsprechend nicht müde, die Bedeutung der Teillfertigungsbetriebe als Wachstumsmotoren und Beschäftigungsgaranten für die einheimische Wirtschaft zu betonen. Sie belegt das mit scheinbar eindrucksvollen Zahlen: Fast 1 Million Arbeitsplätze, ein Anteil von über 40 Prozent an den mexikanischen Exporteinnahmen – allein im November 1997 hatten die Maquila-Exporte einen Wert von knapp über 4 Milliarden US-Dollar –, jährliche Wachstumsraten von 20 Prozent und mehr. Oft wird mit dem Hinweis auf diese Daten gleich der ganze NAFTA als Erfolg gewertet. Hinter fast 40 Prozent aller Maquiladores steht US-Kapital, bei

knapp 13 Prozent handelt es sich um mexikanisch-nordamerikanische Joint Ventures und etwas weniger als 44 Prozent der Betriebe sind laut den Statistiken des Handelsministeriums in einheimischem Besitz.

Die Kritiker bestreiten die Angaben im wesentlichen nicht. Sie weisen jedoch auf die Schwachpunkte des angeblichen Vorzeigemodells hin. So Alejandro Villamar vom Mexikanischen Aktionsnetz gegenüber dem Freihandel (RMALC): „Es handelt sich um eine Industrie, die nichts in irgendeine Art Infrastruktur investiert hat, absolut nichts. Außerdem arbeitet sie fast ausschließlich mit importierten Gütern, der Anteil mexikanischer Komponenten kommt auf maximal zwei Prozent.“ Villamar spricht von „Enklaven“ im Land, von „isolierten Inseln“, die sich nicht in die einheimische Wirtschaft eingliedern und zu deren Entwicklung kaum etwas beitragen. Die mexikanische Industrie produziere fast keine Kapitalgüter mehr. Wenn NAFTA bis zum Jahr 2000 so gut wie alle Zölle abgebaut habe, werde ein ganzes Land zum Maquila-Unternehmen umgewandelt sein.

Villamar führt auch die fehlende Einhaltung von Umweltschutz- und Arbeitsbestimmungen an. Sarkastisch spricht er vom einzigen gültigen Gesetz in der Branche: „Kein Gesetz zu erfüllen.“ Dies sieht Bertha Luján vom regierungsunabhängigen Authentischen Arbeitsbündnis (FAT) ebenso. Jede Vorschrift

werde mißachtet, die Behörden seien Komplizen. Wenn überhaupt, gebe es minimale Strafen für die Unternehmen.

Sie kritisiert zudem eine „Pseudo-Vertretung“ der Arbeiter. Die regierungstreuen Gewerkschaften von CTM und CROC handelten hinter dem Rücken der Beschäftigten mit den Unternehmen die Tarifverträge aus.

Ohnehin schon ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Maquila-Industrie sehr niedrig. In der Grenzstadt Juárez erreicht er nach den Recherchen der Wochenzeitschrift Milenio nicht einmal 10 Prozent.

Die Löhne sind ein Ausdruck davon: Viel mehr als tausend Pesos im Monat bekommt kaum jemand, der in einem Teifertigungsbetrieb beschäftigt ist. Das entspricht in etwa dem gesetzlichen Mindestlohn. Umgerechnet sind es derzeit 125 Dollar.

Kurzzeitverträge, der Wechsel zwischen einzelnen Maquila-Betrieben, Überstunden sowie der ungeschützte Umgang mit giftigen Stoffen sind nichts Ungewöhnliches. Widerspruchsmöglichkeiten haben die Arbeiter kaum, gegen willkürliche Entlassungen und die in den 90er Jahren ständig gesunkenen Reallöhne können sie sich nicht wirksam wehren.

Die Frauen, die 65 Prozent der Beschäftigten in den Maquiladoras ausmachen, haben mit den schwierigsten Bedingungen zu kämpfen. Zu der Belastung durch die oft ungesunde Umgebung, „die ihre Reproduktionsgesundheit und die ihrer Kinder schädigt“, kommt unter anderem „eine ständige sexuelle Belästigung“, heißt es in einem Erfahrungsbericht des FAT.

Trotz dieser Zustände bleibt für viele Beschäftigte keine andere Alternative als die Maquila. Obwohl die Arbeitslosigkeit Anfang 1997 offiziell landesweit wieder unter fünf Prozent gesunken ist, überleben immer mehr Familien nur durch die Arbeit im informellen Sektor. Das ist oft noch härter als die Plackerei in einem Teifertigungsbetrieb. In manchen Regionen, in der die traditionelle Landwirtschaft unter den NAFTA-Bedingungen keine Perspektiven mehr hat, bieten die Maquiladoras eine der wenigen Chancen für die Campesinos, überhaupt Beschäftigung zu finden.

Das Abkommen über Arbeitszusammenarbeit, das parallel zum NAFTA unterzeichnet wurde und unter anderem die Rechte der Beschäftigten in der Maquila-Industrie schützen sollte, ist bisher nur auf dem Papier gültig. Ähnlich wird es auch entsprechenden Bestimmungen gehen, die die Europäische Union und Mexiko im Zuge von Freihandelsvereinbarungen aushandeln, ist Alejandro Villamar überzeugt. Das Rahmenabkommen vom 8. Dezember 1997 in Brüssel war ein erster Schritt, diese neue Freihandelszone über den Atlantik hinweg vorzubereiten. Die Maquila-Industrie werde dann auch im europäischen Interesse

weiter wachsen, den Beschäftigten werde es nicht besser gehen. Solange die mexikanische Regierung nicht an einem wirklichen Schutz der Arbeiter interessiert sei und ungelernte Arbeitskräfte billig und in Massen zur Verfügung stünden, bestehe nach Villamar „wenig Anlaß zum Optimismus“.

„Repression ist nicht der Weg“

Konfrontation statt Dialog in Spanien

Von Manfred Ostrowski

Im Bereich der baskischen Partei Herri Batasuna hat der ETA-Anschlag vom 11. Dezember letzten Jahres, unmittelbar vor der geplanten Großdemonstration eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses zugunsten der inhaftierten Mesa Nacional HBs, heftige Diskussionen ausgelöst.

In der HB nahestehenden Tageszeitung „egin“ stand die Einschätzung, ETA-Aktionen schadeten in letzter Zeit wiederholt in entscheidenden Situationen den politischen Anliegender baskischen Linken und müßten stutzig machen, neben der Position, der bewaffnete Kampf der ETA bräuchte auf andere baskische Kräfte grundsätzlich keine Rücksicht zu nehmen. Berichte, wonach inhaftierte ehemalige Führungsmitglieder der ETA in einem offenen Brief die harte Linie der gegenwärtigen ETA-Führung kritisiert hätten, eine Waffenruhe anregten und das Gewerkschaftsbündnis von LAB (HB) und ELA (PNV/EA) als beispielgebend für die baskische Unabhängigkeitsbewegung lobten, wollte die provisorische Leitung Herri Batasunas nicht inhaltlich kommentieren.

Noch am 6. Februar bekräftigten die neu gewählten Parlamentarier HBs Inyaki Antigüedad, Rakel Penya und Aurkeñe Astibia die Bereitschaft ihrer Partei, mit jedem nur möglichen Gesprächspartner eine politische Lösung des baskischen Konflikts zu suchen. Gleichzeitig wollen sie die Arbeit für die soziale Umgestaltung weiterführen, wobei HB die Aktionseinheit der baskischen Gewerkschaften ELA und LAB zu verteidigen beabsichtigt. Momentan finden in Euskal Herria die Wahlen für die neue Mesa Nacional HBs statt.

Im Rahmen der Beratungen des Anti-ETA-Paktes schlug der baskische Präsident Jose Antonio Ardanza (PNV) vor, bei einer eventuellen Waffenruhe der ETA Allparteiengespräche mit Herri Batasuna für eine politische Lösung des baskischen Konflikts zu beginnen. Dieser Vorschlag wurde von dem spanischen Präsidenten Aznar strikt abgelehnt; erst nach einem sehr langen Zeitraum ohne irgendwelche bewaffneten Aktionen werde man bereit sein, mit der baskischen

Dissidenz zu sprechen, aber selbst dann nicht über das Selbstbestimmungsrecht.

Die baskische Nationalpartei entschloß sich dann Anfang Februar endlich, die Dispersionspolitik der konservativen spanischen Regierung in Bezug auf die baskischen politischen Gefangenen vor der Menschenrechtskommission des europäischen Parlaments anzuprangern. Nach Meinung der meisten im spanischen Baskenland tätigen Parteien verstößt die Dispersion (die Verteilung der baskischen politischen Gefangenen auf die verschiedenen weit vom Baskenland entfernt liegenden Gefängnisse) gegen die Menschenrechte. Weiterhin verschließt die in Spanien regierende PP aber ihre Ohren gegenüber der Forderung, die politischen Gefangenen ins Baskenland zurückzuverlegen, die von einer großen Mehrheit der baskischen Bevölkerung unterstützt wird. Die unnachgiebige Linie der PP wird dabei von dem Generalsekretär der oppositionellen PSOE, Almunia, verteidigt. Dieser Politiker, der gerne als überzeugter spanischer Patriot auftritt, meinte zur Entscheidung der PNV, sie sei „nicht günstig für den Kampf gegen den Terrorismus“ und „spalte die demokratischen Kräfte“. Somit stehen sich in der Menschenrechtspolitik wieder einmal PNV, EA und IU (Vereinigte Linke) auf der einen Seite und PP/PSOE auf der anderen Seite gegenüber. Dazu paßt, daß sich die PSOE momentan mit zentralistischen Initiativen gegen die Stellung der baskischen Sprache (Euskara) „national“ zu profilieren versucht.

Der spanische Staat setzt ausschließlich auf eine „polizeiliche Lösung“ des Konflikts im Baskenland. Die letzten polizeilichen Operationen im spanischen Baskenland gegen mögliche Sympathisanten der ETA und gegen jugendliche Aktivisten des Straßenkampfes („kale borroka“) führten zu über 30 Verhaftungen.

Mehr als die Hälfte der Verhafteten wurde direkt in Gefängnisse gebracht, wogegen in Bilbao bzw. an anderen Orten Euskadi Tausende von Menschen demonstrierten: „Errepresioa ez da bidea“ – „Repression ist nicht der Weg“.

Die Gerichte versuchen, eventuell widerstandswillige Oppositionskräfte einzuschüchtern: Am 11. Februar beantragte die Staatsanwaltschaft des spanischen Nationalgerichts insgesamt 579 Jahre Gefängnis für eine Gruppe von 26 baskischen Jugendlichen aus Nafarroa, worunter verschiedene noch keine 18 Jahre alt sind, wegen diverser Sabotageakte mit begrenztem Sachschaden. Das drastische Strafmaß erklärt sich aus der Anklage der „Kollaboration mit bewaffneter Bande“; die Jugendlichen sollen in den vergangenen Jahren mit ihren Aktionen Forderungen der ETA (wie „baskische Gefangene ins Baskenland“) unterstützt haben.

Es ist absehbar, daß das harte Vorgehen der Staatsorgane zu einer noch schärferen Polarisierung führt.



Indonesien. Präsident Suharto hat dem Militär befohlen, bei der Auflösung von Massenprotesten „hart durchzugreifen“. Die anhaltenden Proteste wurden vor allem durch eine drastische Preiserhöhung bei den Grundnahrungsmitteln ausgelöst. Diese hat wiederum ihre Ursache an der Umsetzung der Forderungen des IWF. Weitere Folgen sind ein ständiger Anstieg der Arbeitslosigkeit. Leidtragende sind aber bisher auch die chinesischen Händler, die für die Preiserhöhungen verantwortlich gemacht werden, und nicht die wirklichen Verursacher wie IWF und Weltbank und die indonesische Regierung.

Südkorea: Gewerkschaftsbasis lehnt Vereinbarung ab

62 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben die Vereinbarung zwischen der Regierung und ihrer Gewerkschaft KCTU abgelehnt. Das war auch kein Wunder. Die Vereinbarung hätte zum erstenmal Entlassungen ohne Zustimmung der Gewerkschaft und unbefristete Arbeitsverträge zugelassen. Die Gewerkschaft KCTU hatte in den zurückliegenden Streiks immer eine besonders vorwärtsstrebende Rolle gespielt. Das Ergebnis ihrer Verhandlungskommission hat dann auch nicht nur an der Basis für einige Wirbel gesorgt.

Die Verhandlungskommission unter Führung des amtierenden Vorsitzenden Bae Sok Bom wurde inzwischen ausgetauscht. Sie wird jetzt vom Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft geleitet. Über einen Wechsel an der KCTU-Spitze wird erst beraten, wenn die jetzige Auseinandersetzung mit Regierung und Kapitalisten beendet ist. Von einer Spaltung der KCTU könne keine Rede sein, meinte ein Sprecher der Gewerkschaft.

Palästina: Neue Maßnahmen durch Arafats „Regierung“

In den durch die USA und Israel zugeschlagenen „Reservaten“ für die palästinensische Bevölkerung sind wieder einmal Verbote in Kraft gesetzt worden. Die sogenannte Autonomieregierung unter Arafat hat Demonstrationen und Versammlungen untersagt. Der Polizeichef Jabali hat in Erwartung von weiteren Zusammenstößen – wegen der ständigen Verzögerung durch die USA-Israel-Ko-

alition wie auch im Hinblick auf die wachsende Spannung um eine neue Intervention im Irak – weitere Kundgebungen verboten.

Es war bereits zu etlichen Protesten gekommen, die sich insbesondere auf die permanente Protektion Israels durch die USA – im Unterschied zu der Kriegsdrohung gegen den Irak – bezogen hatten. Jabali fürchtet eine neue Intifada und sieht darin offenkundig eine Antwort auf die israelische Warnung an seine Autonomiebehörde, sich nicht auf die Seite des Irak zu stellen. Der Polizeichef bezieht sich in seinem Verbot auf die Verordnungen der britischen Mandatsregierung aus dem Jahr 1926 – ein grundsätzlicher Verstoß gegen Artikel 20 der UN-Charta für Menschenrechte. mc

Italien: PDS vor der Auflösung

Am vergangenen Wochenende trafen sich in Florenz die „Generalstände der Linken“. Es handelt sich hier um ein Projekt, angestoßen von dem PDS-Vorsitzenden Massimo d’Alema, aus PDS und verschiedenen linksbürgerlichen Kleinstparteien. Die PDS verfolgt hier konsequent ihren Weg weiter, der vor ein paar Jahren zur Auflösung der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) führte. Nun soll die Nachfolgeorganisation PDS in die neue Partei „Demokrati di Sinistra – Partito Socialista Europea“ (Linksdemokraten – Sozialistische Partei Europas) überführt werden. Die Versammlung der „Generalstände“ mühete sich nicht mit einer inhaltlichen Diskussion ab. Es galt, Symbole in die Welt zu setzen. Neben dem Namen gilt als Parteisymbol der Eichenbaum der PDS, allerdings ohne

Hammer und Sichel in der Wurzel, das wurde ersetzt durch die Rose. D’Alema sagte, man will eine Partei schaffen so zwischen Tony Blair und Bill Clinton. Im März sollen die Mitglieder der an dem Projekt beteiligten Parteien über deren Auflösung beschließen.

Rumänien: Ärzte und Pfleger streiken

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Regierung haben in Rumänien Ärzte, Krankenpfleger und Rettungspersonal der größten Gewerkschaft Sanitas einen unbefristeten Streik für mehr Lohn begonnen. Die Krankenhäuser arbeiten nur mit 30% ihrer Kapazität. Die Gewerkschaft fordert 100% mehr Lohn. Die Regierung war bisher nur bereit zu einer 25prozentigen Lohnerhöhung. Sie sagte, sie kann nicht mehr bezahlen, weil sie die Restriktionen von IWF und Weltbank einhalten muß. In Rumänien verdient ein Arzt als Berufsanfänger 65 DM.

Tschechien: Größte Oppositionspartei gegen Neubauer

Die Zusammensetzung des deutsch-tschechischen Gesprächsforums ist im tschechischen Parlament auf heftige Kritik gestoßen. Grund ist die Nominierung des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft Franz Neubauer. Der Vorsitzende der stärksten Fraktion im tschechischen Parlament, der Sozialdemokrat Milos Zeman, sagte, seine Partei werde sich nicht wie geplant an dem Rat beteiligen. Neubauer habe von Beginn an gegen die deutsch-tschechische Versöhnung gearbeitet und biete nichts für die Zukunft außer Ärger. Die tschechische Regierung kommentiert die Berufung Neubauers mit dem lapidaren Einwand, daß der nur geringen Einfluß in der Kommission habe. Über die Verteilung der Gelder würde sowieso an anderer Stelle beschlossen.

Nikaragua: „Barricada“ doch geschlossen

(Managua, pulsar-Poonal). - Trotz anderslautender Vereinbarungen erscheint die Zeitung „Barricada“ der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) seit Anfang dieses Monats nicht mehr. Direktor Tomás Borge begründet den Schritt mit wirtschaftlichen Problemen und kündigt die baldige Rückkehr des Blattes an. Ohne daß an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der „Barricada“ Zweifel geäußert werden, gibt es aber auch Versionen über Meinungsverschiedenheiten, die den weiteren politischen Kurs betreffen. Viele der 275 Beschäftigten, darunter 25 JournalistInnen, hatten sich bereit erklärt, vorübergehend auf ihren Lohn zu verzichten, um das Erscheinen der Zeitung zu sichern.

Zusammenstellung: hav



„**Unsere Toleranz hat Grenzen**“. PASSAU. Begleitet von Sitzblockaden, einer Menschenkette und einer Demonstration mit ca. 2500 Menschen sowie einem Großaufgebot der Polizei fand am 7.2. der NPD-Wahlkongreß in der Passauer Nibelungenhalle statt. Es sollen ca. 3500 Nazis angerückt sein, die die breite Ablehnung ihrer Politik deutlich zu spüren bekamen. „Rechtsextremisten unerwünscht – die Passauer Bürger“ - diese Lösung hatte die Passauer Stadtverwaltung in den Zufahrtsstraßen sowie auf den Seitenflächen städtischer Busse kleben lassen. Unter einem Transparent mit die-

Proteste gegen Heiratsverbot für Asylbewerber

MÜNCHEN. Der bayerische Innenminister Beckstein bereitet derzeit ein Rundschreiben an die Standesbeamten vor, das auf „Maßnahmen zur Bekämpfung von Scheinehen“ hinweisen wird. Sein Ministerium widerspricht aber nachdrücklich einer Behauptung der Bild-Zeitung, Beckstein untersuche die rechtlichen Möglichkeiten für die Einführung eines Heiratsverbotes. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Teiser verstärkt derweil die Meinungsmache für ein solches Verbot: „Wir können nicht hinnehmen, daß Asylbewerber sich durch eine Scheinheirat ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erschleichen und das Asylverfahren umgehen“, verbreitet er. Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften hält ein Heiratsverbot für verfassungswidrig. „Es würde gleich gegen drei Artikel verstossen – gegen die Menschenwürde, gegen die persönliche Freiheit und gegen den Schutz von Ehe und Familie“, sagte die Bundesgeschäftsführerin des Verbandes, Cornelia Spohn. Eva Bulling-Schröter, Bundestagsabgeordnete der PDS aus Bayern, kritisiert Beckstein: „Damit wird ein neuer Vorstoß in Richtung Kriminalisierung von AusländerInnen gestartet und das gesellschaftliche Klima in diesem Lande weiter aufgeheizt. Bleibt zum Schluß die Frage: Wen werden Rechte wählen? Das Original oder die Kopie?“

baf

Aufenthaltserlaubnis für Cihat Coskun

ESSEN. Einer der beiden Fälle von Kirchenasyl in Essen scheint erfolgreich ab-

geschlossen zu werden: Dem 24jährigen Kurden Cihat Coskun hat das Ausländeramt in einer „Vorabbescheinigung“ eine Aufenthaltserlaubnis zugesagt, damit er bei seiner Frau und seinem Kind bleiben kann. Seine Frau hat eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Arbeit. Da Cihat Coskun nach geltendem Recht jedoch illegal in die BRD eingereist ist, muß seine Einreise zunächst legalisiert werden. Möglich wurde diese Wende, weil sich die Essener Ausländerbehörde geweigert hat, Cihat Coskun in den Kirchenräumen festnehmen zu lassen. Dazu hatte die für Cihat Coskun ursprünglich zuständige Ausländerbehörde Mettmann das Essener Ausländeramt am 23.12.1997 aufgefordert. Anschließend gab Mettmann den „Fall“ an Essen ab. Pro Asyl/Flüchtlingsrat begrüßte das Vorgehen des Essener Ausländeramtes, zumal das Asylrecht zunehmend restriktiv gehandhabt wird. Heftige Kritik äußerte der Anwalt von Cihat Coskun dagegen am Vorgehen des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen, das die Fluchtgründe von Cihat Coskun nicht anerkannt hat. wof

folgten das Ziel, mit ihrer Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen. Die Arbeit beider Vereinigungen sei dabei darauf gerichtet, Treff- und Veranstaltungsmöglichkeiten für andere rechtsextremistische bzw. neonazistische Gruppierungen bereitzustellen. Außerdem, so der Minister, waren die nun verbotenen Gruppen nach den Verbots bislang in Hetendorf tagender neonazistischer Organisationen wie der Wiking-Jugend, der Nationalistischen Front und der Nationalen Liste verantwortlich für Planung, Organisation und Durchführung der sog. Hetendorfer Tagungswoche. Die Verbotsverfügungen wurden am 11.2.98 um 6.00 Uhr den Vorstandsmitgliedern beider Vereine zugestellt. Unmittelbar im Anschluß wurden von der Polizei in Bayern, Hamburg, Schleswig-Holstein und an mehreren Orten in Niedersachsen Wohn- und Geschäftsräume durchsucht zur Sicherstellung weiterer Beweismittel und zur Beschlagnahme von Vermögenswerten der Vereine. Das Vereinsgrundstück in Hetendorf Nr. 13 wurde beschlagnahmt und damit der weiteren Nutzung durch Rechtsextremisten und Neonazis entzogen.

aus Presseinformation des Niedersächs. Innenministeriums

Protest in der Stadtvertretung „Die Reichen sollen zahlen!“

NORDERSTEDT. Etwa 20 Menschen aus dem Umfeld des Sozialen Zentrums protestierten am 27. Januar anlässlich einer Anfrage der Norderstedter CDU in der StadtvertreterInnensitzung gegen die zwangsweise Verpflichtung von SozialhilfeempfängerInnen zu sogenannter



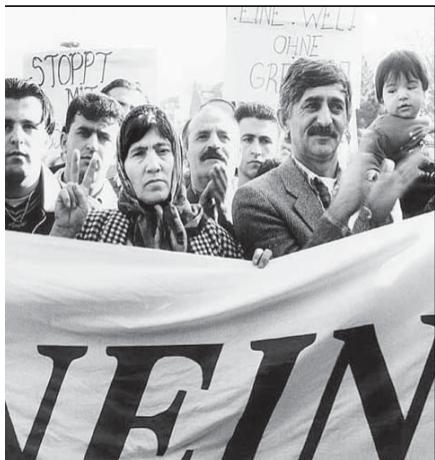
KÖLN. Mehr als 1000 Menschen demonstrierten am 14.2. in Köln, um Abschiebestopp und Bleiberecht für kurdische Flüchtlinge zu erreichen. Mehr als 60 Kurdinnen und Kurden aus verschiedenen Orten befinden sich inzwischen in vier Kölner Kirchen. Auf diese Weise ist bundesweit öffentlich geworden, wieviele Menschen bereits gezwungen sind, in der Illegalität zu leben. Eindrucksvoll war die Zwischenkundgebung vor einer der Kirchen: die Flüchtlinge winkten der Demonstration vom Balkon aus zu. DemonstrantInnen trugen große Fotos der Flüchtlinge und die Glocken der Lutherkirche läuteten. Der Innenminister in Nordrhein-Westfalen, Franz-Josef Kniola, verweigert bisher ein Gespräch mit der Begründung, er sehe keinen Handlungsbedarf. Dabei steht ein Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei sein langem auf der Tagesordnung, denn eine Vielzahl von Berichten belegen, daß dort die Menschenrechte systematisch verletzt werden.

ser Losung – gehalten von einem städtischen Feuerwehrfahrzeug – mußten die Rechtsextremisten durchschreiten, wenn sie zum NPD-Kongreß wollten. Aus einer Apotheke gegenüber der Halle hing ein großes Tuch, auf dem Hunderte von Passauern in den letzten Tagen gegen den Kongreß unterschrieben hatten.

„gemeinnütziger Arbeit“. Sie entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Nein zur Zwangsarbeite – Die Reichen sollen zahlen!“, und störten den Beitrag des CDU-Stadtvertreters Karl-Heinz Mette mit Zwischenrufen.

Außerdem wurde die EinwohnerInnenfragestunde dazu genutzt, die Fraktionen zum Thema zu befragen. In einer Anfrage wurde dabei festgestellt: „Arbeitslosigkeit und Armut sind strukturelle Probleme, die sich seit der Regierungübernahme der CDU/CSU/FDP-Koalition in Bonn zu einer sozialen Krise ausgeweitet haben. Seit 1983 hat sich die Zahl der Einkommensmillionäre mit heute fast 25 000 mehr als verdoppelt, während auch die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen mehr als zweimal so hoch ist (heute etwa 5 Millionen), als noch Anfang der 80er Jahre. Es findet also eine massive Umverteilung des Vermögens von unten nach oben statt.“ Anschließend wurde die CDU gefragt, warum sie durch die Arbeitsverpflichtung von SozialhilfeempfängerInnen Arme statt Armut bekämpfe und auch die SPD war Zielscheibe der Kritik: „Warum entgegnen Sie als eine sich „sozialdemokratisch“ nennende Partei auf diese offensichtliche Stigmatisierung von Armut nichts weiter, als in vorauselendem Gehorsam zu beteuern, Sie würden ja schon lange alles tun, was die CDU verlangt, also SozialhilfeempfängerInnen zum Arbeiten für 2,50 Mark pro Stunde zu zwingen?“ Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist eine seit mehreren Monaten laufende Kampagne der örtlichen CDU gegen sogenannte „Scheinbedürftige“ – Menschen, die sich angeblich „zu Unrecht“ Sozialhilfe „erschleichen“

aus Nadelstiche 2/98.



Flüchtlingsaufnahmegergesetz

„Großlager Züge von Konzentrationslagern“?

FREIBURG. Am 1. April '98 tritt das Flüchtlingsaufnahmegergesetz in Baden-Württemberg in Kraft. Das Gesetz schreibt die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften für die gesamte Dauer ihres Verfahrens vor. In der Zeit sollen Flüchtlinge ausschließlich mit Sachleistungen versorgt werden. Großlager sind in Kenzingen (für 200 Personen), in Titisee-Neustadt, in Kroatzingen und in Merzhausen geplant.

Für die Landesregierung dient das Gesetz der „wirtschaftlichen“ Unterbringung (oder besser Verwahrung) von Flüchtlingen, aber wohl in erster Linie der Abschreckung weiterer Asylsuchender.

Da die Flüchtlinge bislang noch nicht konkret einschätzen können, in welcher Weise sich das neue Gesetz auf ihre Lebenssituation auswirken wird, schrieb das Südbadische Bündnis gegen Abschiebung (SAgA) einen offenen Brief an die Stadt Freiburg. Gefragt wurde, ob Flüchtlinge, die bislang kommunal untergebracht sind, in Zukunft Sachleistungen erhalten werden; was mit der staatlichen Sammelunterkunft in der Bissierstraße vorgesehen ist und wo die weiteren 240 Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, die die Stadt im Zuge des neuen Gesetzes aufnehmen soll. Weiter wurde gefragt, wie die Stadt das weitere Absenken der Lebensbedingungen – in Anbetracht der überaus knapp bemessenen Pauschalen – verhindern will, und wenn ja wie, die Stadt auf eine Erhöhung der Landesmittel hinwirken will. Fraglich ist auch, ob Flüchtlinge, die sich momentan in einer kommunalen Unterkunft befinden, damit rechnen müssen, in eine staatliche Sammelunterkunft verlegt zu werden, da erstgenannte mittelfristig abgeschafft werden sollen. Es stellt sich auch die Frage, welche Konsequenzen der Asylfolgeantrag für die Unterbringung hat. Das SAgA wollte zudem noch wissen, welche Mittel die Stadt in Zukunft für anerkannte und De-facto- Flüchtlinge bereitstellen wird, um diese, wie es das FlüAG vorsieht, von öffentlichen Leistungen unabhängig zu machen.

Bürgermeister Seeh bat Ende Januar um etwas Geduld, da für die Beantwortung der Fragen noch Abstimmungen und Erhebungen in der Stadtverwaltung nötig seien und das Regierungspräsidium noch einige Vorentscheidungen treffen müsse.

Nach wie vor ist unklar, ob die Erstaufnahmeeinrichtung in der Vaubankaserne geschlossen wird. Die Entscheidung wird voraussichtlich Ende Februar fallen. Bei einer Schließung wäre der

Tausch Bissierstraße - Vaubankaserne hinfällig.

Darüber hinaus bleibt rechtlich zu klären, ob es für das Land möglich ist, die generelle Versorgung mit Sachleistungen vorzuschreiben, widerspricht dies doch dem Asylbewerberleistungsgesetz, das auch Geldleistungen zuläßt. Die Stadt Freiburg hat vor, Flüchtlinge in kommunalen Wohnheime weiterhin mit Geldleistungen zu versorgen. Dies ist sicher auf die Proteste von Flüchtlingen gegen die Freßpakte 1994 zurückzuführen. Diese zweigleisige Lösung würde jedoch automatisch zu einer Spaltung der in Freiburg untergebrachten Flüchtlinge führen, und es kann nur darum gehen, zu erreichen, daß die Stadt die Versorgung mit Sachleistungen grundsätzlich ablehnt.

HANDELN!



Kurzfristig sollte auf die Stadt- und Kreistage Einfluß benommen werden, daß diese sich gegen das Gesetz zur Wehr setzen, sich gegen Sachleistungen und Schaffung neuer Großlager aussprechen. Die ihrerseits bislang geäußerte Unzufriedenheit beschränkt sich meist auf befürchtete Mehrkosten. Grundsätzliche Kritik an der Unterbringung in Sammellagern ist, außer von den Grünen und Teilen der SPD, nicht zu hören, wie dies noch in den 80Jahren der Fall war. Damals stellte der hessische Innenminister Gries fest, daß: „Großlager zwangsweise Züge von Konzentrationslagern aufweisen“. Diese Entwicklung zeigt einmal mehr die zunehmend verinnerlichte Fremdenfeindlichkeit, die derartig menschenunwürdige Gesetze legitim erscheinen läßt.

Das SAgA fordert die Abschaffung des FlüAG und wird sich weiterhin für die dezentrale, menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen einsetzen, bei der sich jedeR selbst entscheiden kann, wo er/sie sich aufhalten möchte. bap

Bewegung im Bildungsbereich

Mit einer großen Demonstration am 29. Januar in Köln setzten 8 000 Schülerinnen und Schüler aus NRW ein Zeichen gegen den derzeitigen Bildungs- und Sozialabbau unter der Losung „Bildungsklau – Nein danke!“

Kurz darauf, am 4. Februar, forderten ca. 5000 Schüler, Eltern und Lehrer während der Haushaltsberatungen vor dem *Stuttgarter Landtag* mit Lampions und Laternen – „damit der Landesregierung ein Licht aufgeht“ – mehr Lehrer. Vorläufer dieser Aktion war eine „Bildungsnacht“ am 29. Januar mit zahlreichen Veranstaltungen abends und nachts in vielen Schulen und eine Aktion „Licht aus – Licht an!“ Der Bildung gehen die Lichter aus!“, bei der am 3. Februar in Wohnungen von 19.00 bis 19.10 Uhr die Lichter ausgeschaltet wurden.

Wieder eine Woche später begann die bayerische Elterninitiative „Aktion 25“ am 11.2. ihre lang angekündigte landesweite Schulstreikaktion für kleinere Klassen, mehr Lehrer und mehr Geld für die Schulen. Während daran nachweislich 60 000 Schüler und Lehrer teilgenommen hatten, machte das Kultusministerium daraus höhnisch „nur 3 000 Teilnehmer“. In einigen Fällen standen Grundschul- und Gymnasiallehrer vor nahezu leeren Klassen, oft fanden Sternmärsche, Podiumsdiskussionen, Kundgebungen, Lichterketten oder Demonstrationen nachmittags bis abends rund um die Schulen statt. Die Anweisung des Ministeriums, ausfallenden Unterricht am



ersten Samstag im April nachzuholen, wird von den betroffenen Schulleitungen aber abgelehnt, die meisten wollen auch von einer reihenweisen Verteilung von Verweisen absehen.

Mehr als 2 000 Betroffene kamen zum Höhepunkt des 1. Schultreiktags auf die gemeinsame Demonstration am 14. Februar nach *München*. Transparente wie „Weg mit Bayerns Mammutfäkken, Schüler freier lernen lassen“, „Wir fordern faire Bildungschancen für unsere Kinder“ und „Finger weg von Sozialstaat & Demokratie“ zeigen die Forderungs-

weite der derzeitigen Bewegung. Die „Aktion 25“ will „alles daran setzen“, aus der Landtagswahl im September eine „Bildungswahl“ zu machen. Schon jetzt steht als Termin für eine Großdemonstration in München der 16. Mai fest.

3000 Schüler, Eltern und Lehrer demonstrieren am 14. Februar in *Hannover* gegen den Bildungsabbau. Zu der Demonstration hatte u.a. die GEW aufgerufen. Die GEW wirft Ministerpräsident Schröder vor, auf Kosten der Lehrer und der Unterrichtsqualität zu sparen.

baf

Behinderte Lautstarker Protest gegen das „Maulkorburteil“

KÖLN. Über 3000 Behinderte und Nicht-behinderte demonstrierten am 6. Febru-



ar mit einem lautstarken „Einschluß“ des Oberlandesgerichts, mit Trillerpfeifen, Trommeln und „Lallen und Stöhnen“ gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Köln. Mit einem „Obernarrengericht“, das Garzweiler 2 zum „Lästigkeitsfaktor“ verurteilte, mit Kabarett und Musik, phantasiereichen Schildern, einem Boot, aus dem ein Rollstuhl herausfällt und auf dem gefragt wurde „Wer ist der Nächste?“ artikulierten weitgehend die Betroffenen und ihre Angehörigen ihre Entschlossenheit auf gleichberechtigte und nichtdiskriminierende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Organisationen der Behinderten und deren Angehörige hatten stark mobilisiert, weniger stark waren die vertreten, die sich nicht als direkt betroffen verstehen. Von politischen Organisationen und Gruppen waren nur einige, wenige Vertreterinnen und Vertreter anwesend. Unüberhörbar war in allen, kurz gehaltenen Reden die Forderung nach gesetzlichen Regelungen, die eine solch entwürdigende und unmenschliche Diskriminierung Behindter verbietet und verhindert.



uld

Bayern:

Der Senat wird „abgewickelt“

**manche meinen
lechts und rechts
kann man nicht
verwechseln,
werch ein illtum
e.jandel**

Das von der ÖDP initiierte Volksbegehren zur Abschaffung des Senates führte in Bayern zu einer krausen Frontstellung. Die CSU und DGB standen Seite an Seite gegen die großen Parteien der Linken. Nachdem bei den Münchner Tunnelvolksbegehren die Rechte die Linke – wenn auch knapp – geschlagen hatte, haben wir jetzt den Fall, daß eine geschickt angesetzte Demagogie die Parteien der Linken für sich einspannen konnte. Direkte Demokratie führt nur in Verbindung mit inhaltlicher Auseinandersetzung nach links. Wir dokumentierten neben dem folgenden Text, den Kerstin Pschibl, die für die Falken seit drei Jahren im Landesvorstand des Bayerischen Jugendringes arbeitet, ins CL-Netz gestellt hat, einen Kommentar aus den Münchner Lokalberichten.

Theorie und Praxis eines bayerischen Sondermodells

In Bayern ist wieder einmal ein alter Zopf ab – der Senat, eine Art zweite Kammer und einmalig im Bundesgebiet – wurde bei einer Volksabstimmung am 8. Februar von einer überwältigenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung (fast 70 Prozent!) abgelehnt. Die ständig organisierte „zweite Kammer“ mit Beratungsrecht und klitzekleinen Veto-Möglichkeiten bereitete sich auf seine „Abwicklung“ vor. Aber – sind alte Zöpfe eigentlich immer und automatisch schlecht?

Großes Jubelgeschrei wird es nach der Volksabstimmung in der Bayerischen Jugendarbeit nicht geben – auch wenn kaum ein Er dem voraussichtlich noch bis zum 31.12.1999 real existierenden Senat bittere Tränen hinterherweint. Im Vorfeld hatten sich nur wenige Jugendverbände eindeutig positioniert, die AWO-Jugend votierte auf Landesebene für eine Abschaffung, ebenso einige Falken-Kreisverbände, eine Mehrheit des Landesvorstandes des Bayerischen Jugendringes (BJR) setzte sich für eine Reform ein und die meisten wußten nicht so recht, was sie von der ganzen Sache halten sollten – bzw. es interessierte sie schlicht und einfach nicht.

Eigentlich hatte der Senat mit seinen theoretischen Möglichkeiten diese Gleichgültigkeit nicht verdient. Das nach dem Zweiten Weltkrieg u.a. in Bayern etablierte und inzwischen längst wieder „moderne“ Modell der Einflußnahme und Mitbestimmung von Nicht-Regierungs-Organisationen (sogenannte NGOs) findet mensch beispielsweise in Form des Wirtschafts- und Sozialausschusses auf europäischer und in themenbezogenen NGOs wie etwa den welt-

weiten Jugend- und Frauenforen auch auf internationaler Ebene. Der Senat der „Alten“ (passives Wahlrecht erst ab 40 Jahren) wies als Partizipationsmodelle durchaus Parallelen zur Vertretung der „Jungen“, sprich der Jugendringarbeit auf.

In der Praxis sah das Ganze allerdings schon etwas trüber aus. Das hohe Mindestalter der SenatorInnen wurde schon erwähnt, der Frauenanteil war in Zeiten der propagierten Gleichberechtigung eher eine peinlich motivierte Lachnummer, die vertretenen Organisationen (deren Mitglieder oft nicht demokratisch gewählt, sondern zentral „entsandt“ waren) bildeten alles andere als ein repräsentativer Querschnitt durch das bayerische Verbändespektrum und angesichts der hohen Aufwandsentschädigung blieb auch bei noch so aufgeklärten Menschen ein Reststachel von Sozialneid stecken.

Und – ganz ehrlich – die großen Reißer erwartete vom Senat niemand; sie kamen auch nicht. Und – ohne darüber eine fundierte empirische Aussage treffen zu können – was der Senat tat und das es ihn überhaupt gab, wußte nur ein kleinerer Prozentsatz der bayerischen Bevölkerung.

Aufgeschreckt durch das von der ÖDP initiierte und u.a. von den GRÜNEN und der SPD unterstützte Volksbegehren schlug die Bayerische Staatsregierung zwar einige Reformen vor, die Mitbestimmungsrechte sollten verstärkt, das Wahlalter gesenkt, die Quotierung gefördert und das Verbandsspektrum aktualisiert werden. Neben VertreterInnen von Behinderten-, Umweltschutz und Frauenorganisationen hätte nach dem Reformvorschlag beispielsweise auch die Jugendarbeit zwei SenatorInnenposten ergattert. Neben den Aspekten von verstärkten Einfluß und schnelleren Informationswegen wäre es natürlich ein faszinierender Gedanke gewesen, künftig zu theoretisch jeden Gesetzentwurf seinen kinder- und jugendpolitischen Senf abgeben zu können. Ab es hat eben nicht sein sollen ... Letztendlich war jedoch die Reform auch nur eine halbherzige Sache. Ausländerorganisationen fehlten beispielsweise ganz, die Quotierung war nur eine „Good-Will-Erklärung“ und die demokratische Legitimation der VertreterInnen konnte nicht abgesichert werden. Und ob sich längerfristig gesehen die praktische Arbeit der neuen Senatoren und Senatorinnen entscheidend verbessert hätte, ist auch sehr zweifelhaft.

Aber in der Theorie wäre schon etwas drin gewesen in unserem bayerischen Sondermodell – und wie sagte der jugendpolitische Sprecher der bayerischen Falken so schön: „Eigentlich sind wir Falken doch auch für die Räterepublik – Oder?!“

Kommentar: Unerfreulich

Die erdrückende Mehrheit für die Abschaffung des Senats muß auf gleichartiges Abstimmungsverhalten Linker und Rechter zurückgehen. Für die Rechtsextemen nun, da hat das Streben nach Abschaffung des Senates Tradition: Schon 1968 stellte die damalige NPD-Landtagsfraktion den Antrag auf Abschaffung. Auch fügt sich die Gedankenfolge schlank – fit – stark – Staat in die Vorstellungswelt sogar von Nazis. Der Dreh, einer über „die Politiker“ verärgerten Bevölkerung etwas zum Abreagieren hinzulegen, ist rechtes Repertoire. Was hat die ÖDP bewogen, diese Büchse aufzumachen? Was hat die Parteien der Linken bewogen, sich eine Prise reinzuziehen? Zuerst das zweite: Die CSU stand gegen das Senatsvolksbegehren, und es bestand die seltene Gelegenheit, die ansonsten allesbeherrschende Stellung der CSU einmal aufzubrechen. Dies dann noch verbunden mit der eleganten Lösung des Problems vom „Sparen“. Einfach „umdrehen“, das Argument! So leicht kann Politik gehen! SPD und Bündnisgrüne konnten sich der Faszination der Trickseri nicht entziehen. Hätten sie sich überhaupt entziehen sollen? – Doch, es wäre besser gewesen. Politische Kämpfe setzen Denkstrukturen in die gesellschaftliche Welt. Das Staatsverständnis, das in dieser Kampagne verfestigt wurde, ist rigide, beinahe schon totalitär. Linke Politik, die es in Bayern sowieso schwer hat, muß sich die Argumente, mit denen sie gegen die CSU Herrschaft arbeitet, genau anschauen. Man hebt es auf, wirft und trifft auch, aber es bleibt was kleben. Was? Dünger für die ÖDP, die angetreten war, um vorzuführen, daß ökologisches Denken und emanzipatorisches Denken auseinanderdividiert werden könne. Sie hat jetzt die Kritik am Staat von dem Gedankengut der Aufklärung abgelöst, denn das tut, wer den Unmut an der Regierungspolitik, der Exekutive, auf ein Legislativorgan wälzt. Die ÖDP will in den Landtag. Sie will es bald, anstatt der Grünen und keineswegs, um dort etwa mit der SPD zusammenzuarbeiten. Abgestimmt haben aber nicht die Parteien, sondern die Bevölkerung. Ein Grund für die Abkehr vom Senat dürfte wohl der Ansehensverlust der Organisationen, der Kirchen, Gewerkschaften und anderen Verbänden sein, die in dem Senat vertreten waren. Der Versuch der CSU, Zugänge zu schaffen war halbherzig und punktuell verlogen. Vertriebenenverbände z.B. sind doch längst nicht mehr aus eigener Kraft da, sondern verdeckt staatliche Organisationen. Was jetzt? Diejenigen, die jetzt die Mithwirkung von Nicht-Regierungs-Organisationen an der Gesetzgebung, die durch die Senatsabschaffung geschwächt wurde, aktiv einfordern wollen (und die gibt es bei all den Abschaffern) ziehen die angemessene Konsequenz. Aber leicht wird das nicht.

maf

Leipzig

Mieten 1998: Um 7,8 % rauf!

„Die (am 5 April, d. Red.) bevorstehende Wahl des neuen Oberbürgermeisters in Leipzig gibt auch die Gelegenheit, an die Kandidaten Fragen zur Mieten- und Wohnungspolitik zu stellen“, beginnt Prof. Dr. Joachim Tesch in der Nr. 3/98 von „Leipzigs Neue“ einen Bericht über Mieterhöhungen der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB).

Kaum ist die LWB aus den roten Zahlen, wird ihre Geschäftsführung leichtsinnig und treibt die Lebenshaltungskosten der Mieter kräftig nach oben. Im städtischen Amtsblatt vom 8.11.97 und der regionalen Abonnementspresse ließ sie ihre Absicht verkünden, 1998 die Grundmieten insgesamt um 7,5 Prozent zu erhöhen. Das ist immerhin fast das Vierfache der gegenwärtigen Inflationsrate. Dadurch werden die Wohnkosten für die meisten Familien bald den ersten Platz in den Haushaltsausgaben einnehmen.

In der gleichen Zeit äußerten sich der noch regierende OB und der für Wohnungsfragen zuständige Beigeordnete der Stadtverwaltung – mit Hinweis auf die wieder stark steigende Zahl von Anträgen auf Wohnberechtigungsscheine –



In Berlin beteiligten sich am 5. Februar mehrere tausend Menschen am Aktionstag gegen die Arbeitslosigkeit. Vor dem „Roten Rathaus“ gab es Gerangel, als einige hundert Protestierende Einlaß ins Rathaus verlangten.

besorgt über den geringer werdenden Anteil an bezahlbaren Wohnungen. Und das angesichts eines riesigen Wohnungsleerstandes in der Stadt. Was geht hier vor?

Im Rahmen des ab Anfang des Jahres auch in den östlichen Bundesländern geltenden bundesdeutschen Miethöhegesetzes und des Leipziger Mietspiegels will die Geschäftsführung der LWB offensichtlich alle rechtlichen Möglichkeiten zur Mietsteigerung ausnutzen. Hinter dem genannten Durchschnitt verbergen sich neben zunächst konstant bleibenden Mieten viele erheblich höhere Forderungen. Diese Politik betreibt die Geschäftsführung vor allem auf drei Wegen:

1. erhöhte Neuvertragsmieten und Mieterhöhungen innerhalb der Spannen des Leipziger Mietspiegels durch Ausnutzung günstiger Wohnlagen u.ä.;

2. forcierte Sanierung und Modernisierung der unternehmenseigenen Wohnungen mit überhöhter Umlage der Kosten auf die Mieter, zumal die Kapzungsgrenze von 3 DM weggefallen ist.

3. Überleitung attraktiver Wohnanla-

gen in Immobilienfonds und Leasingverhältnisse, wobei den Geldanlegern nicht nur saftige Steuervergünstigungen winken, sondern auch wachsende Mieteinkünfte garantiert werden.

Diese Mieterhöhungs politik hat in den betreffenden Wohnanlagen, meist Bauten aus der DDR-Zeit, fatale Folgen: Einerseits ziehen Mieter, die mobil sind und es sich leisten können, in Wohnungen um, die nach 1991 gebaut wurden und deren Mieten zwar höher sind, aber nach unten tendieren; damit zerfallen noch vorhandene Sozialstrukturen. Andererseits haben viele Mieter in diesen Beständen kaum Möglichkeiten, in andere Wohnungen auszuweichen. Der Leerstand ist zwar hoch, konzentriert sich aber teils auf Neubauten nach 1991 und modernisierte alte Bürgerhäuser, deren Mieten laut Mietspiegel bei 14–16 Mark liegen, teils auf einfache Wohngebäude aus der Zeit vor 1919 in vernachlässigtem Zustand (Ofenheizung, AWC, ohne Bad). Die einen sind für diese Haushalte nicht bezahlbar, die anderen nicht zumut-

TON Gegen jeden rechten Konsens! Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe!

14. März 1998, Saalfelder Anti- rassismus-Tag

Wir werden am 14.3. in Saalfeld für antifaschistisches Denken und Handeln demonstrieren. Nicht nur, weil am 11. Oktober 1997 mit dem martialisch durchgesetzten Demonstrationsverbot in neuer Qualität deutlich geworden ist, wie sehr die staatliche Politik ungebettete Meinungen in der Öffentlichkeit repressiv verhindern will, ist es für uns als AntifaschistInnen eine Pflicht, gegen jeden rechten Konsens unsere Stimme zu erheben. Dies erst recht, wenn die staatliche Politik Naziaktivitäten deckelt, die Opfer der Nazi-Attacken und -angriffe in

der Öffentlichkeit häufig gar zu TäterInnen gemacht werden und gleichzeitig antifaschistischer Widerstand kriminalisiert wird.

Ein zur Staatsdoktrin erhobener „Extremismus-Begriff“ zur Gleichsetzung von Nazis und AntifaschistInnen, eine rassistische Politik gegen MigrantInnen, ein Lokalpatriotismus seitens der örtlichen PolitikerInnen, eine besonders unter Jugendlichen starke, offen faschistische Szene, die gegen alles zu Felde zieht, was nicht in ihr treudeutsches Weltbild passt, und die für die Öffentlichkeit nicht existent zu sein scheint und die öffentliche Umdeutung von faschistischen Übergriffen in unpolitische Gewalt: Aus diesem Geflecht erwächst der rechte Konsens, von dem hier die Rede ist und auf den sich antifaschistische Politik alleror-

ten gefaßt machen muß, wenn Widerstand gegen Nazis geleistet werden soll.

Die Rechten werden ihre „national befreiten Zonen“ – Einschüchterung aller Andersdenkenden, rechte Meinungsführerschaft, gezielter Terror – immer stärker durchsetzen, wenn nicht mehr BürgerInnen dem Einhalt gebieten.

Am 11. Oktober 1997 wurde in Saalfeld/Saale erstmals eine antifaschistische Bündnis-Demonstration staatlicherseits verhindert. Unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen“ sollte gegen die neofaschistische Szene demonstriert werden. Gleichzeitig ging es darum, die Ursachen für das Erstarken der Rechten und ihre Duldung zu thematisieren. Eingebettet in eine Diffamierungskampagne gegen die OrganisatorInnen, geführt von Teilen der Lokal- und

Thüringen; Dietmar Härtel, DGB-Kreisvorsitzender Ostthüringen; Wille Brüsel-Mautner, DGB-Kreis Ostthüringen; Norbert Schneider, B90/Grüne Saalfeld; Eva-Maria König, Stadtjugendpfarramt/Junge Gemeinde Jena; Lothar König, Junge Gemeinde der evang. Kirche Jena; Jan Rudisleben, Bündnis gegen Rechts Leipzig; Karl Mauschke, Antifaschistische Aktion Berlin; Helmut Meyer,

Antifa Saalfeld; Hans Otto, Antifa Rudolfstadt; Karl Knapp, Rudolfstadt; Angelo Lucifer, LAG Antifaschismus/Antirassismus, Gewerkschaft hbv Thüringen; Bernhard Hecker, IG Metall Jena/Saalfeld; Roland Hahnemann, Thüringer Landtag/PDS-Fraktion; Birgit Pätzold, PDS Saalfeld; Klaus Biedermann, PDS Rudolfstadt; Werner Machold, PDS Saalfeld; Falk Schulze, In-

bar. Folglich erscheinen die Mieter erpreßbar, wehren sich nur ungenügend und verarmen.

So mißachtet die Geschäftsführung ihre Verantwortung für eine soziale Wohnungspolitik und unterschätzt zudem die Risiken der sozialen Entmischung und des Leerstands. Demgegenüber stellte Dr. Lehmann-Grube (amtierender SPD-OB, Anm. d. Red.) im Informationsdienst und Mitteilungsblatt des Deutschen Volksheimstättenwerkes vom 15.10.97 mit Recht fest: „.... ist jedoch bereits zu beobachten, daß durch die wachsende Zahl modernisierter Wohnungen das untere Mietpreissegment sich ständig verkleinert. Somit gehen auch die verfügbaren Wohnungen für eine Versorgung von Haushalten in den unteren Einkommensgruppen zurück.“ (S. 227), und: „Wohnungspolitik wird damit in verstärktem Umfang zur Sozialpolitik, denn die Gruppe derjenigen, die als Verlierer von Wende und Modernisierung am Rande der Gesellschaft stehen, gewinnt an Bedeutung.“ (S. 228) Dem kann angesichts von rund 46 000 Arbeitslosen sowie jeweils 10 000 Sozialhilfeempfängern und Wohngeldbeziehern in der Stadt nur zugestimmt werden.

Aber spätestens hier müßten sich Mieter und Leser die Augen reiben: Die Stadt ist doch der Gesellschafter des Unternehmens? Redet ihre Spitze mit zwei Zungen? Fördert das Rathaus gar diese Mietenpolitik oder dulden die Stadträte aller Parteien im Aufsichtsrat diese blindlings? Also sollten wir die OBM-Kandidaten vor der Wahl fragen, um uns hinterher nicht zu wundern!

(geringf. gek.)

Landespolitik, der Lokalpresse und Behörden, ereilte die geplante Demonstration ein folgenschweres Verbot durch das Landratsamt. Mit einer Gleichsetzung von Links und Rechts wurde das Verbot begründet und in einem ungegerechtfertigten Polizeieinsatz mehr als 400 vorwiegend junge AntifaschistInnen festgenommen und unter schikanösen Umständen teilweise für mehrere Tage in einem eigens dafür eingerichteten Sondergefängnis festgehalten. Trotz alledem fanden am 11.10. spontan an verschiedenen Orten mehrere friedliche Demonstrationen gegen das Verbot mit rund 1.500 AntifaschistInnen statt.

Das Saalfelder Verbot hat in München (8.11.97), Freiberg (1.11.97), und Dresden (24.1.98) bereits seine Nachahmer gefunden und droht, zum Modell zu werden. •

foladen Weimar; Steffen Dittes, Thüringer Landtag/PDS-Fraktion; Astrid Rothe, B90/Grüne Erfurt; Myschnik, Antifa Saalfeld; Sirko Matz, DGB/ran e.V. Thüringen, Infoladen Jena; Thüringer Antifa-Treffen.. Rückmeldungen wg. Unterstützung werden erbeten an Fax 0361-6599899 oder per E-Mail an: hbv-thueringen@t-online.de

HAUSHALT '99: *Hamburg.* Am 20.1. hat der Senat die Eckdaten für den Haushalt '99 beschlossen. Das Volumen der zusätzlichen strukturellen Einsparverpflichtungen im Betriebshaushalt wird 1999 und 2000 um jeweils 50 Mio. DM auf 300 Mio. DM jährlich erhöht. Davon entfallen 75 Mio. auf die Personalausgaben, 85 Mio. auf die Sach- und Fachausgaben und 140 Mio. DM auf die Sonderbereiche. Außerdem sollen Einnahmeverbesserungen in Höhe von 50 Mio. DM erzielt werden. Ferner soll das Konsolidierungsprogramm um weitere 300 Mio. DM im Jahre 2001 verlängert werden, so daß der Senat dann seit 1995 ein Gesamtvolume von 2,35 Mrd. DM erzielt hätte. Für '98 bedeuten die um 75 Mio. DM gekürzten Personalausgaben den Wegfall von 1048 Stellen im öffentlichen Dienst der Stadt.

AUSBILDUNGSPLÄTZE: *Pinneberg.* Die Kreispolitiker mit der SPD als stärkste Fraktion haben festgelegt, die Hälfte der für 1998 vorgesehenen Mittel für zehn Ausbildungsplätze einzusparen. Landrat Harms wollte gar die Ausbildung in der Kreisverwaltung komplett streichen, um mit dem Geld außerhalb der Verwaltung genauso viele Arbeitsplätze zu finanzieren. Nach Protest der DAG, die einen Verstoß gegen geltende Tarifverträge sah, scheiterte sein Plan im Kreisausschuß. Die 50%ige Kürzung bleibt, gegen den Protest der Gewerkschaft, bestehen, die Zahl der Ausbildungsplätze wird auf fünf halbiert.

GIFT IM GRUNDWASSER: *Halstenbek.* Im „größten Baumschulgebiet der Welt“ werden seit Jahren überhöhte Pestizidwerte im örtlichen Wasser gemessen. Ende '97 wurde der Grenzwert für Dichlorpropan von 0,1 Mikrogramm um fast das sechsfache überschritten. Dichlorpropan ist Bestandteil eines Pflanzenschutzmittels, das seit 10 Jahren verboten ist und unter Krebsverdacht steht. Nach jahrelangen Protesten hat der Kreis nun einen Antrag auf ein Trinkwasserschutzgebiet gestellt, Filter sollen das Gift aus dem Wasser holen. Der Fachdienst Umwelt des Kreises hält den Genuss des Wassers für „völlig unbedenklich“. Die Langzeitfolgen sind jedoch nicht absehbar, die Substanz sickerte durch 60 m Erde ins Grundwasser.

WOHNUNGS-PRIVATISIERUNG: *Essen.* Gegen den geplanten Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ALLBAU regt sich Widerstand. Die 18 500 Wohnungen bieten mit durchschnittlich 7,50 DM pro qm ca. 7% der Essener Bevölkerung relativ preiswerten Wohnraum und wirken dämpfend auf den Mietspiegel. Die CDU will den Verkauf wegen der privatwirtschaftlichen Organisation des Wohnungsmarktes, der

diese Wirkung beseitigen würde, die SPD ist vor allem aus Haushaltsgründen dafür. Die Mieterinitiative will, unterstützt von den Grünen, die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens gegen den Verkauf prüfen. Dazu wären 48 000 Unterschriften nötig.

KINDERTAGESSTÄTTEN: *Stuttgart.* Aufgrund von geplanten Kürzungen der Personalkostenzuschüsse des Landes an die Kommunen sind die Erhöhung der Kinderzahlen in den Gruppen und Verschlechterungen der Eingruppierung des pädagogischen Personals im Gespräch. Privatisierungsabsichten von weiteren Diensten im Jugendamt liegen in der Luft. Genaue Pläne sollen Anfang März im Gemeinderat vorgelegt werden. Der Personalrat hat daher für den 4. März zu einer Personalversammlung aufgerufen, und am gleichen Tag gemeinsam mit der Konferenz der Gesamtelternbeiräte zu einer Demonstration.

HAUSHALTSBERATUNGEN: *Weinheim.* Trotz Klagen über den finanziellen Würgegriff, in dem sich die Gemeinden befinden, will OB Kleefoot keineswegs den Gewerbesteuersatz (bei glänzenden Gewinnen der Hauptzahler) erhöhen. Statt dessen sollen die Ausgaben auf dem Stand von 1996 eingefroren, also real gesenkt werden. Das geplante Einfrieren der Personalausgaben und die Nichtberücksichtigung von Tarif erhöhungen sowie steigender Sozialversicherungsbeiträge, die durch „personalwirtschaftliche Maßnahmen“ aufgefangen werden sollen, bedeuten weiteren Personalabbau und Leistungseinschränkungen bei der Stadtverwaltung.

KULTURSPONSORING: *Dessau.* Der Deutsche Städte-Tag hat sich gegen einen Erlass des Bundesfinanzministeriums gewandt, nachdem Museen und andere Kulturstätten ihre Sponsorengelder mit 40% als Werbeeinnahmen versteuern müßten, falls der Sponsor öffentlich, z.B. auf Plakaten, erwähnt wird. Es sei unsinnig, den öffentlichen Kultureinrichtungen so Gelder wegzunehmen, die dann wieder mit Steuergeldern kompensiert werden müßten. Es handele sich um jährl. 600 Mio. DM Sponsorengelder.

AUSLÄNDERANTEIL SINKT: *München.* Bei nahezu konstanter deutscher Bevölkerung ist die Zahl der Ausländer in München 1997 nach Angaben des Statistischen Amtes um 13.000 zurückgegangen. Oberbürgermeister Ude: „Es ist an der Zeit, daß die Öffentlichkeit diese realen Entwicklungen zur Kenntnis nimmt, auch wenn sie nicht zur Panikmache im Doppelwahljahr passen.“ Die Debatte über Zuzugsbegrenzungen müsse nüchtern, ohne Horrorvisionen geführt werden.

Zusammenstellung: ulj



BESCHÄFTIGTE VON ERSATZKASSEN: Demonstration gegen Lohnsenkung. 2000 Angestellte von Ersatzkassen (z.B. DAK, Barmer etc.) haben am 5.2. in Hamburg gegen die Zumutungen des Arbeitgeberverbandes demonstriert. Zu der Kundgebung vor der DAK am Nagelsweg – hier fand die Tarifverhandlung statt – waren Beschäftigte aus mehreren Bundesländern mit Bussen angereist. Aus Hamburg nahmen auch HBV-Kolleg/innen aus anderen Branchen, z.B. den Versicherungen, teil. Die Forderungen der Arbeitgeber sind: • Kürzung der Azubi-Löhne um 100/150/200 DM je nach Ausbildungsjahr • Kürzung des Urlaubsgeldes • Umstellung des Tarifs auf „leistungsbezogene Vergütungen“. Da der Arbeitgeberverband bei seiner Provokation bleibt und die Tarifverhandlung ergebnislos abgebrochen wurde, sollen jetzt Warnstreiks und Streiks stattfinden. Der erste Warnstreik hat am 9.2. bei der BEK (Barmer Ersatzkasse) in München stattgefunden.

Die Forderungen der Gewerkschaft HBV sind: 4% Gehaltserhöhung für alle – einschließlich der Azubis – sowie Arbeitsplatz- und Beschäftigungssicherung.

Noch eine Anmerkung zu dieser erfolgreichen Aktion: Obwohl die HBV+DAG-Kundgebung zeitgleich mit der Arbeitslosendemo vor dem Arbeitsamt (ebenfalls Nagelsweg) und nur wenige hundert Meter entfernt durchgeführt wurde, kam es zu keiner Verbindung zwischen diesen beiden Aktionen. Das ist bedauernlich, liegen doch die Zusam-

menhänge auf der Hand, wenn überall wie wild rationalisiert wird und die Deutsche Bank z.B. ankündigt, mal eben 9 000 Leute rauszuschmeißen – und gleichzeitig allein die Banken und Versicherungen zig Milliarden an Gewinnen einstreichen.

res

AUSGLIEDERUNGEN BEI SIEMENS. (Schnellinformation der IG Metall) Am 4. Februar fanden in München die ersten Verhandlungen über die auszugliedernden Geschäftsfelder statt. Eingangs wurden in der Zeit von 10 bis 16 Uhr von den Herren Schneider, Hluchy, Söntgerath für die jeweils betroffenen Bereiche die Begründungen für die geplanten Ausgliederungen bzw. für die daraus resultierende angebliche Notwendigkeit einer neuen Tarifbindung vorgetragen.

Dazu gab es intensive Nachfragen aus unserer Kommission. Zusammenfassend wurde von Herrn Höller die Notwendigkeit für diese Bereiche, sich an das Dienstleistungsgeschäft anzupassen, betont. Da es im Zusammenhang mit den geplanten Ausgliederungen einen starken Zeitdruck gebe, habe man sich dazu entschlossen, die Tarifbindung in der Weise herzustellen, daß für alle Bereich der Tarifvertrag für das Elektrohandwerk in Bayern gelten solle. Anschließend haben wir einen 16 Punkte umfassenden Fragenkatalog zur zukünftigen Tarifbindung vorgelegt. Dieser wurde von Herrn Höller nach einer Unterbrechung, bezogen auf die Kernpunkte, wie folgt beantwortet: Der fachliche Geltungsbereich eines möglichen Tarifvertrages

sollte abstrakt definiert werden, um zukünftig gegebenenfalls für weitere Ausgliederungen offen zu sein. Der Bereich TD soll ausdrücklich mit einbezogen werden. Der bereits ausgegliederte Bereich FEAGs jedoch nicht. Insgesamt werden aus heutiger Sicht ca. 20 000 Beschäftigte betroffen sein. Übertariflich Beschäftigte sollen vom Tarifvertrag nicht erfaßt werden. Eine Absenkung des Entgeltniveaus ist durchaus beabsichtigt. Die Bestimmungen des Bundesmontagetarifes sollen nicht gelten.

Die zukünftige tariflich geregelte Arbeitszeit solle mindestens 37 Stunden in der Woche betragen. Die Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen für Siemens-Beschäftigte sollen nicht Inhalt der Tarifvertragsregelung werden. Eine Geschäftsgarantie sowie eine Beschäftigungsgarantie könne nicht abgegeben werden. Zusammenfassend stellte Herr Höller klar, daß die Tarifbestimmungen des Elektrohandwerks Bayern pur gelten sollen. Andere Regelungen seien nur mit Kompensationen möglich. Eine entsprechende Absenkung des Tarifniveaus der Betroffenen um mindestens 20 Prozent wurde damit nicht dementiert.

SCHICHTARBEIT: Wen interessieren schon die Kinder! Seit drei Monaten steht der Betriebsrat des Druckhaus Dessauerstraße (Münchner Zeitungsverlag) mit der Geschäftsleitung in Verhandlungen über einen neuen Schichtplan in der Rotation. Eine Änderung in der Produktion (vierfarbiger Druck der *tz*) und neue Aufträge führen beim derzeit gültigen Schichtplan dazu, daß die Maschinen unterbesetzt gefahren werden.

Der Betriebsrat wollte durch Schichtplanänderung und Neueinstellungen das Problem in den Griff bekommen. Die Unterbesetzung wurde anfangs von der Geschäftsleitung gelehnt, konnte aber durch den Betriebsrat nachgewiesen werden. Geschäftsleitung und Betriebsrat wurden sich einig, daß man gemeinsam an einer Lösung arbeiten muß. Und lange sah es so aus, als könnte man sich auf einen neuen Schichtplan einigen. Der Betriebsrat legte mehrere Entwürfe vor, die die Produk-

tion gut abgedeckt hätten, bot sogar die Anwendung der tariflichen Öffnungsklausel für Maschinenbesetzung an. Die Schichtplanentwürfe wären gleichzeitig dem Familienleben der Schichtarbeiter entgegengekommen. Aber plötzlich (Anfang der 3. Novemberwoche) verwarf die Geschäftsleitung alle Vorschläge und legte einen 12-Wochen-Schichtplan vor, der kaum noch ein Familienleben zulassen würde. Mit der Anmerkung: Akzeptieren oder Einigungsstelle!

Der 12-Wochen-Schichtplan (jetzt 8 Wochen) würde zum Beispiel bedeuten: Die Arbeitszeit teilt sich auf mehr Arbeitstage auf (z.B. mehr Sonntage, dafür aber überwiegend nur mehr mit 6 Stunden); kein langes Wochenende mehr; doppelt soviele Sonntage, an denen die Arbeit schon um 16 Uhr beginnt; statt alle 8 Wochen alle 6 Wochen eine Springer-Schicht, bei der man am Donnerstag erfährt, wie man nächste Woche arbeiten muß; in 3 Monaten 6 Mittelschichten mehr (ca. 13–21 Uhr), bei der man seine Kinder nicht sieht. Darauf angesprochen, kam von der Geschäftsleitung die Antwort: Wenn ihr eure Kinder sehen wollt, dann sucht euch eine Arbeit von 7 bis 14 Uhr. Fünf verlängerte Schichten bis früh um 6 Uhr statt jetzt 4 Uhr, d. h. mehr Produktionszeit wie jetzt mit gleichem Personal, oder anders gesagt: Von Sonntag bis Freitag (jetzt von Dienstag bis Freitag) läuft die Maschine rund um die Uhr.

Die Erweiterung der Produktionszeit könnte dazu benutzt werden, anderen Betrieben die Aufträge wegzu schnappen. Das könnte für Dr. Ippen auch interessant sein für die eigenen Betriebe, wenn vielleicht mal eine Belegschaft zuviele „Probleme“ macht ... Druckhaus Dessauerstraße und Druckhaus Wolfratshausen haben ja, obwohl doch jeweils „eigenständig“, sogar denselben Geschäftsführer.

Der Betriebsrat hat die Vorstellungen der Geschäftsleitung ausgehängt. Die Belegschaft war empört, der Schichtplan wurde vom Betriebsrat abgelehnt. Vor einer Einigungsstelle und deren Entscheidung haben Belegschaft und Betriebsrat keine Angst.

*df
Zusammenstellung: alk

Nicht länger stillhalten!

Das geht zu weit. Dies ist die einhellige Meinung in der Belegschaft, nachdem der IB-Vorstand beschlossen hat, aus den ÖTV-Tarifen auszusteigen. Der Manteltarifvertrag ist gekündigt und die Regelungen zur Vergütung sind abgeschafft. Weihnachtsgeld soll 1998 nicht mehr gezahlt werden. Wer nach dem 1.1. beim IB einen neuen Arbeitsvertrag abschließt, wird sich wundern, wie verjüngt mann oder frau durch die Arbeit beim IB wird. Generell wird nur noch entsprechend Lebensaltersstufe 21 Jahre gezahlt. Alles was darüber hinausgeht, vereinbart der IB nur noch als jederzeit kündbare, freiwillige Leistung. Und das ist verdammt wenig. Bewährungsaufstieg und ähnliches fällt weg. Auf diese Weise fehlen am Monatsende im Schnitt zwischen fünfhundert bis tausendzweihundert Mark im Portemonnaie.

Das geht nicht ohne Widerstand bei den bundesweit ca. 8 000 Beschäftigten ab. Am Donnerstag, den 12. Februar, demonstrierten in Frankfurt-Bornheim Beschäftigte gegen 12.00 Uhr in der Burgstraße 106 vor dem Gebäude der Geschäftsleitung. Diese Aktionsformen werden aber jetzt schon als unzureichend kritisiert. Die Geschäftsleitung wird sich dadurch bei ihrem harten Kurs des Lohnabbaus nicht beeindrucken lassen. Zudem steht der IB mit diesem Kurs nicht alleine, andere Sozialverbände wie DP-

WV, DRK und AWO verabschieden sich ebenfalls von der Orientierung am Tarifwerk des öffentlichen Dienstes, der bisher in der gesamten Sozialbranche wie ein „Flächentarif“ wirkte. Kommt dieser Angriff durch, wird die Konkurrenz auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen. Dies ist politisch gewollt. Deshalb geht es hier nicht um einige alte Zöpfe, die in dem einen oder anderen Sozialverein beschnitten werden. Wie kein anderer Verein pflegt der IB Verbindungen zum BDA, Bankvorständen und Großindustriellen sowie der Politik. Dagegen braucht die Belegschaft eine breite Solidarität. (Kontakt ist möglich über den Betriebsrat beim IB Südwest, Ludwigstr. 8, 63067 Offenbach Tel. 813819.)

Die hessischen ÖTV-Mitglieder fordern Streik und bemängeln an der ÖTV, daß nicht härter vorgegangen wird. Befürchtet wird, daß Verantwortliche beim ÖTV-Hauptvorstand sich ein Hintertürchen offenhalten wollen. Dieser wäre solch modernen Regelungen, wie teilweise schon im Tarifvertrag für die AOK festgeschrieben, nicht abgeneigt. Eine weitere Differenzierung und Entsolidarisierung in der Belegschaft über Mechanismen wie Leistungslohn und andere „moderne“ Tarifgeschichten wird als Geschäft der Geschäftsleitung von den Aktiveren der Beschäftigten aber abgelehnt.

iba, Frankfurter Info

Tarifrunde Öffentlicher Dienst

Erste Warnstreiks

Rund 30000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes eröffneten am 9.2. die fünfte (!) Verhandlungsronde zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern mit bundesweiten Warnstreiks.

Auf die anfänglich nicht konkretisierten Forderungen der Gewerkschaften nach „Beschäftigungssicherung“ für zigeausbildungssuchende Jugendliche und die Möglichkeit der Altersteilzeitnahme für die älteren KollegInnen (vor dem gesetzlichen Rentenalter ab 65 Jahren) hatten die Arbeitgeber lediglich die Antwort, daß „eine Ausweitung der Personalausgaben nicht denkbar sei“. Statt dessen ließen sie verlauten, daß sie an eine Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und der betrieblichen Altersversorgung denken würden.

Am 18.12.97 stimmte die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV mehrheitlich für ein Gesamtvolume ihrer Forderungen in Höhe von 4,5%. Erneut wird die Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie eine Sicherung der Einkommen

durch vollständigen Ausgleich der Preissteigerungsrate gefordert. Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und der Abbau von Über- und Mehrarbeitsstunden soll nachprüfbar mehr Stellen erbringen.

Die tariflichen Arbeits- und Einkommensbedingungen in Ostdeutschland sollen an das Westniveau (z.B. auf die 38,5-Stunden-Woche) herabgesenkt werden. Gerade die Überprüfbarkeit von der Umsetzung „Arbeitszeitverkürzung zu Mehrarbeitsstellen“ war bereits seit Februar 1997 heftig unter den ÖTV-Mitgliedern eingefordert worden. Die „Volumen“-Forderung – ohne konkrete inhaltliche Differenzierung – läßt aber wieder jede Überschaubarkeit über die Umsetzung in „Einzelergebnisse“ vermissen.

Überprüfbar umrechnen in Arbeitsplatzvernichtung (101 Stellen) läßt sich die geplante Erhöhung der Wochenarbeitsstunden bei der Hamburger Feuerwehr von bisher 48 auf 50 Stunden. Diese haben zeitgleich – mit Beginn des Warnstreiks in Hamburg – eine 127 Stunden andauernde „Sitzwache“ am Mönckebrunnen in der Spitaler Straße begonnen (siehe Bild). Während die ÖTV durch die geplante Arbeitszeitverlänge-

Widerstand gegen Kahlschlag

Seit der Veröffentlichung des „Kahlschlagpapiers“ im Sommer dieses Jahres – die Geschäftsführung will eine totale Streichung sämtlicher übertariflicher Leistungen vornehmen – brodelt es im Süddeutschen Verlag.

Vor allem die Kolleg/innen der technischen Bereiche verweigern seitdem mehrheitlich Überstunden und Schichttausch, was zu erheblichen Schwierigkeiten und finanziellen Einbußen für den SV führt. So muß sich die Geschäftsführung fast wöchentlich die Zustimmung zur Ableistung von Überstunden von der Einigungsstelle ersetzen lassen. Die Geschäftsführung reagierte, indem sie einseitig eine sogenannte Springer- schicht in der Rotation installierte, ohne Verhandlungen mit dem Betriebsrat über Arbeitszeiten und Einsatz zu führen. Eine vom Betriebsrat beantragte einstweilige Verfügung gegen diese Maßnahme zwingt nun die Geschäftsführung an den Verhandlungstisch. Das Arbeitsgericht entschied, daß sofort Verhandlungen mit dem Betriebsrat aufzunehmen sind und, falls innerhalb von 3 Wochen keine Vereinbarung zustande kommt, wird unter Androhung eines Zwangsgeldes von 3000 DM täglich der weitere Einsatz von „Springern“ untersagt.

Münchner Lokalberichte



zung eine Gesundheitsgefährdung der Feuerwehrleute und damit auch den fehlenden Brandschutz von den ohnehin schon verkleinerten Brandtrupps befürchtet, bemängelt ihr Arbeitgeber (der SPD/GAL-Senat), daß die Feuerwehrleute ja nicht ununterbrochen im „Einsatz“ seien. In den sogenannten „Bereitschaftszeiten“, die bisher noch voll entlohnt werden, finden Weiterbildungsmaßnahmen, Brandschutzübungen und Sporttraining statt. *ena, LB Hamburg*

Auf dem Weg zum „Global-Player“

Die Identifikation einer Belegschaft mit „ihrem“ Unternehmen ist für ein im Sinne der Kapitalverwertung kluges Management ein hohes Gut. Daher ruht das Augenmerk der Kapitalvertreter bei allen Auseinandersetzungen immer auch darauf, wie weit sie die Belegschaft ideologisch ins eigene Boot holen können. Die Belegschaft bei der Jungheinrich AG hat in den letzten zweieinhalb Jahren ganz stark diese Erfahrung gemacht: erst dieser brutale Angriff mit dem Kahlschlagskonzept für Norderstedt und Rationalisierungsprogrammen in der Verwaltung in der Zentrale, gestartet wie ein Paukenschlag, verbunden mit allen erdenklichen Drohungen, und dann, nach den massiven Protesten der Kolleginnen und Kollegen als Ergebnis ein Interessenausgleich, der um den Preis der Nichtkündigungszusage bis 1999 die Belegschaft dazu motiviert, all ihre Erfahrung und ihr Wissen auf den Tisch des Hauses zu legen, um die Produktivität zu steigern.

Nun steht, wenn es nach dem Vorstand der Jungheinrich AG geht, für die Belegschaft ein nächster, und wie es scheint, politisch noch weit schwierigerer Weg bevor. Die neue strategische Parole des Vorstandes lautet jetzt: „Raus aus Europa, um in Europa stark zu sein!“ Jungheinrich will mit dieser Zielsetzung seine bisherige strategische Schwäche ausgleichen, die darin besteht, daß der Konzern zwar in Europa mit ca. 30 % Marktanteil gut im Rennen liegt, aber in Amerika und im pazifischen Raum nahezu bedeutungslos ist. Die unmittelbaren Konkurrenten Toyota und Linde haben da weit die Nase vorn.

„Global Sales“ heißt daher nun auch bei Jungheinrich der neue Begriff. Dafür gibt es ein neues Vorstandressort, um auf diesem Gebiet aktiv werden zu können. Und das Management versucht, die gesamte Firma auf dieses neue Ziel hin auszurichten.

Nun ist dies Thema durchaus nicht einfach in der Belegschaft zu diskutieren. Der Lohnabhängige weiß, wenn er Arbeit hat – und er ist froh, sie in den vergangenen Jahren nicht verloren zu haben –, dann muß er arbeiten, egal wohin Jungheinrich seine Gabelstapler vertreibt. Eher könnte er dazu neigen zu sagen: Laß sie doch expandieren, das bedeutet mehr Arbeit und damit eine größere Sicherung meines Arbeitsplatzes. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als wäre das gar nicht so verkehrt gedacht.

Es ist zu beobachten, wie das Manage-

ment gerne an eine solche Haltung in der Belegschaft anknüpft. Stolz werden von oben die Gewinne an Marktanteilen verkündet und jedes Prozent mehr soll auch den Stolz und die Identifikation der Kolleginnen und Kollegen mit der, mit „ihrer“ Firma steigern. Wo steckt das Problem?

Wir wollen das Problem einmal etwas kriegerisch bzw. militärisch ausdrücken – glauben dabei allerdings auch, eine der Fragestellung angemessene Sprache zu führen: In welchen Feldzug, in welche Konkurrenz- und in welche Produktionschlacht wird die Belegschaft von der Kapitalseite geschickt? und: Ist dieser Krieg auch zu gewinnen?

Nach Schätzungen eines Wirtschaftswissenschaftlers an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, der sich einmal genauer mit der Lage des Jungheinrich-Konzerns auseinandergesetzt hat, würde die Ausweitung des Jungheinrich-Geschäftes auf Amerika ca. ein halbe Milliarde Mark verschlingen: Fabriken müßten gebaut werden, eine Infrastruktur mit Vertrieb und Service müßte aus dem Boden gestampft, mit Dumpingpreisen Kunden abgeworben und neue gewonnen werden, um diese Ziele kurzfristig und schlagkräftig zu erreichen. Das ist eine Geldmenge, bei der auch ein Jungheinrich-Konzern ins Nachdenken kommt. Woher nehmen? So leicht wie in den Jahren 1993 und 1994, als Jungheinrich die Reinigungsfirma Wap in Bellenberg und kurz darauf den Staplerhersteller Steinbock in Moosburg und Boss in England kaufte, ist das nicht mehr. So günstig der Erwerb dieser Firmen selbst gewesen sein mag: Nachträglich mußten riesige Gelder hineingelegt werden, um diese Werke wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen – und der Prozeß, ist noch lange nicht abgeschlossen oder gar gefestigt.

Woher also Geld beschaffen? Einfach abwarten, bis die neu aufgebauten Werke rentabel arbeiten, ist nach den Gesetzen dieses Krieges, den wir zu beschreiben versuchen, so leicht nicht möglich: Der größer gewordene Jungheinrich-Konzern, selbst angegriffen, verhält sich ja nicht ruhig in einer Nische des Marktes, sondern bedroht seinerseits massiv Linde, Nacco (Yale), Toyota und wie sie alle heißen. Der Zuwachs oder Verlust von Marktanteilen ist ja nicht allein eine Kennziffer für Feierstunden oder für die Berechnung von Erfolgsprovisionen der Manager.

Eine für Aktiengesellschaften sich anbietende Form, Geld zu beschaffen, wäre die Ausgabe neue Aktien. Damit würde neues Geld als Kapital auf die Konten des Konzernes fließen. Nur: Dazu müßte der Aktienkurs entsprechend günstig liegen, d.h. hoch, mit der Perspektive, noch höher zu steigen. Auch hier Fehlanzeige bei Jungheinrich. Die Jungheinrich-Aktie gehört aus vielerlei Gründen zu der Gruppe von Aktien, die bis auf ein paar fast zufällige Spitzen seit der Gründung

der Aktiengesellschaft 1990, nie wieder die Höhe ihres Ausgabekurses von 340 DM erreicht hat!

Was also bleibt noch übrig? Die Lösung soll heißen: „Beteiligung“ als „strategisches Bündnis“! Die Vorgehensweise könnte wie folgt aussehen: Jungheinrich beteiligt sich z.B. an einem Gabelstapler-Hersteller, der bereits in den USA Fertigung und Vertrieb hat, und erhofft sich dabei, den Vertrag so gestalten zu können, daß Jungheinrich das Privileg erhält, über diese fremden Vertriebsstrukturen seine Fahrzeuge auf den amerikanischen Markt bringen zu dürfen, ja eventuell sogar für diesen Partner Fahrzeuge, die er benötigt, zu fertigen. Im Gegenzug gestattet Jungheinrich diesem „strategischen Partner“ sich an Werken, die Jungheinrich gehören, zu beteiligen und möglicherweise über den Jungheinrich-Vertrieb dessen Produkte – wenn sie zur Produktpalette von Jungheinrich paßt – in Europa zu verkaufen.

Eigentlich keine schlechte Idee und trickreich obendrein? Voraussetzung für solch eine Strategie ist es dann erst einmal, die Jungheinrich Aktiengesellschaft in der Weise gesellschaftsrechtlich passend zu machen, daß solche Beteiligungsallianzen möglich werden, ohne daß der neue Partner als Konkurrent im eigenen Haus zu sehr die Geschäftspolitik mitbestimmt und seinerseits bei Jungheinrich ausschließlich absahnt. Also heißt das: Keinesfalls eine Beteiligung an der gesamten Aktiengesellschaft, auch nicht am Vertrieb, wo das Geld der verkauften Geräte realisiert wird, sondern möglichst nur an einzelnen Produktionswerken, wo man hofft, die Einflußnahme des „strategischen Partners“ begrenzen zu können.

Aber eines ist klar. Unumschränkter Herr im eigenen Haus ist Jungheinrich damit nicht mehr. Und ein weiteres wird deutlich: Je mächtiger und stärker dieser „Partner“ ist, um so stärker wird dessen Position die Strategie des Jungheinrich-Konzernes beeinflussen. Und hier werden die Belegschaftsinteressen unmittelbar berührt. Denn diese augenblickliche Partnerschaft hebt ja nicht das tatsächliche Konkurrenzverhältnis der Konzerne untereinander auf: Der Jungheinrich-Konzern hätte jetzt dann den „Feind im eigenen Bett“, der Rechte an der Firma hat und eine genaue Kenntnis der inneren Stärken und Schwächen von Jungheinrich. Und die Belegschaft hat sich auch noch der Einflußnahme dieses Konkurrenten zu erwehren, der ja auch nur „ihr Bestes“ will.

Wenn man sich dann diesen Gedanken der „strategischen Beteiligung“ noch etwas genauer ansieht und sich z.B. vorstellt, Jungheinrich würde mehrere solcher Beteiligungen anstreben, dann ist gut vorstellbar, welche komplizierten und gefährlichen Konstellationen entstehen können, wenn diese „Partner“ sich untereinander gegen Jungheinrich verbünden und ihrerseits aus dieser so ge-

wonnenen strategischen Position heraus ihren Würgegriff auf Betrieb und Belegschaft ansetzen. Der kleinere, aber trickreichere Global-Player Jungheinrich, der auszog, den ganz großen Konzernen das Fürchten zu lehren, hätte sich in die strategische Position gebracht, als Schwanz mit dem Hund wedeln zu wollen.

Noch sind die endgültigen Entscheidungen, solch einen Weg als Konzernstrategie einzuschlagen, nicht gefallen. Vieles deutet aber in diese Richtung. Auch bei den Kapitaleignern gibt es offensichtlich ein Zögern, als „Global-Player“ hinaus in den weiten Weltmarkt zu gehen: Nicht, daß sie die versprochenen Profite nicht einstreichen möchten, da sind sie ganz identisch mit sich. Es ist eher das Zögern des Glücksitters, dessen Kasse längst erschöpft ist und der einen Augenblick lang mit sich uneins ist, ob er bereit sein soll, seinen letzten Golddollar in die Runde zu werfen.

Aber selbst wenn das Spiel gelänge, und Jungheinrich auf dem Weltmarkt nach vorne kommt: Wäre es, gewerkschaftlich gesehen, nicht an der Zeit, endlich diese Vorgänge aus der Warte aller betroffenen Belegschaften, die weltweit im Gabelstaplergeschäft tätig sind, zu betrachten? Und nicht allein den momentan gegückten Erhalt des eigenen Standortes im Auge zu haben? Sind nicht immer alle diese Belegschaften in der Branche gemeinsam diejenigen, die von den Kapitaleignern dringend gebraucht werden? Erst benutzt für deren Ziel, selbst der stärkere Konzern zu werden und dann vernutzt in diesem Feldzug der Konzerne gegeneinander um Marktanteile und um den Ruin des Gegners? Lächerlich, weil Ausdruck von Unwissenheit oder Verblendung, würde da bei GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen angesichts dieser Zusammenhänge der Stolz auf die Erfolge der „eigenen“ Firma und die Sicherung der „eigenen“ Standorte wirken. In diesem Konkurrenzkampf, in dem das Wachsen und Überleben der einen Belegschaft die Vernichtung der anderen als „Überkapazität“ bedeutet, wäre eine branchenweite Beratung aller betroffener IG MetallerInnen erforderlich, damit nicht bei dieser von der Kapitalseite aufgestellten Schlachtordnung die BetriebsrätInnen von „Co-ManagerInnen“ zu Unteroffizieren in der jeweiligen Armee werden.

Was wir hier versuchen zu analysieren, ist in der Theorie nichts Neues – W. I. Lenin hat all dies in seinem Buch: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ beschrieben. Eine entsprechende betriebliche und gewerkschaftliche Praxis ist aber noch zu erarbeiten: Vielleicht sollte Mensch mal wieder – möglichst gemeinsam – in Lenins Buch reingucken, um die gewerkschaftliche Begriffs- und Sprachlosigkeit bei diesem Thema zu überwinden?

Karl-Helmut Lechner, Nadelstiche (aus Platzgründen gekürzt)

Aktionstag 5.2.



Erwerbslos, aber nicht wehrlos!

Hamburg:
13000 nahmen nach Angaben des DGB an der Demonstration von Arbeitslosen am 5.2. teil.
Bild: res

Zu einem karnevalistischen Spektakel mit ernstem Hintergrund gestalteten sich die Aktionen vor dem Kölner Arbeitsamt. Der Arbeitskreis für Arbeitslose der Gewerkschaft ÖTV und das Kölner Arbeitslosenzentrum – KALZ – riefen auf zu einer „Nubblierung der Arbeitslosigkeit“. Im Kölner Karneval ist der „Nubbel“ der Sündenbock, der säuft, fremdgeht, das Geld für Feiern zum Fenster hinauswirft. In dem Flugblatt heißt es dazu: „Der Nubbel bekommt seine gerechte Strafe: am Karnevalsdienstag wird er verbrannt, und alle haben dann wieder ein gutes Gewissen. Auch wir Arbeitslose wollen ein gutes Gewissen! Wir nehmen die Schuld auf uns! Wir erklären uns zu Nubbeln der Bundesregierung! Mit dieser Maßnahme nehmen wir Kölner Arbeitslose unsere Verantwortung für den Standort Deutschland wahr: indem wir uns abschaffen!“



Mannheim (Bild oben): Der Aktionstag begann schon ab 8 Uhr früh. Die Mannheimer Arbeitsloseninitiative baute vor dem Arbeitsamt einen Informationsstand auf. Das Arbeitsamt wurde mit vielen Transparenten und Protestplakaten geschmückt. Es sammelten sich immer mehr Menschen, so daß die Bismarckstraße, eine Hauptverkehrsstraße, blockiert wurde, als um 16 Uhr eine Kundgebung begann. • **Schweinfurt (Bild links):** „Ein Anfang ist gemacht, Erwerbslose steht auf!“ – so lautete der Aufruf. Zwar scheint die Anzahl der Protestierenden mit etwas über 250 Menschen, davon etwa 150 Arbeitslose, angesichts von über 20 000 Arbeitslosen in der Region, niedrig, jedoch sollte das ja erst der Anfang sein. Am 5. März geht's weiter.

Schützenhilfe für die Kriegstreiber

Das türkische Militär verbreitet – zum wievielten Male – in der letzten Zeit gerne wieder einmal Sieges- und ähnliche Erfolgsmeldungen. Mitten im Winter, d.h. während die Operationen in den kurdischen Gebieten schon aus Temperaturgründen weitgehend ruhen müssen, brauchen vermutlich die türkischen Soldaten im Kriegsgebiet und die Politiker in Ankara, die für den Krieg weiter zählen sollen, Erfolgsberichte – und seien diese auch von Anfang bis Ende erstunken und erlogen. Am 27. Januar stimmte – auch nicht zum ersten Mal – hierzulande auch die *Süddeutsche Zeitung* in dieses Lied mit ein. Ihr Korrespondent Wolfgang Koydl wußte aus Istanbul Sensationelles zu melden: „Kurden-Chef Öcalan gesteht unter Pseudonym Mißserfolg ein. PKK gibt Krieg gegen die türkische Armee verloren. „Wir stehen kurz vor einer Niederlage“ / Parteiführer weist die Schuld den Kommandeuren der Guerilla zu / Greuelaten eingeräumt“ – so die vielen Schlagzeilen, mit denen er seinen Bericht schmückte.

Quelle: Die Dezember Ausgabe der Zeitung *Özgür Halk*, dem angeblich „in Istanbul frei erhältlichen inoffiziellen Organ der Separatistenorganisation“. Darin hat der SZ-Experte einen 12seiti-

gen Artikel gefunden und meint darin die offenbar von niemandem sonst bis dahin bemerkte Niederlage der PKK eingestanden zu finden. Koydl weiter: „Der Artikel stammt offensichtlich aus der Feder von PKK-Chef Abdullah Öcalan. Er ist mit dem Namen Ali Firat unterzeichnet, Öcalans gängigem Pseudonym.“

Dann folgen ein paar extrem kurze Auszüge aus dem 12seitigen Artikel, z.B. daß die Umwandlung der Guerilla in eine Volksarmee noch nicht erfolgt sei, Kritik an Kampfmüdigkeit unter Mitgliedern der Guerilla usw. Fazit des SZ-Korrespondenten: „Firat-Öcalans Artikel in der inoffiziellen PKK-Zeitschrift scheint die Einschätzung der türkischen Streitkräfte zu unterstützen. Sie hatten in den vergangenen Monaten mehrmals erklärt, daß es ihnen gelungen sei, die militärische Bedrohung durch die PKK weitgehend auszuschalten.“ Schließlich verbreitet sich der Autor noch über türkische Geheimdienstberichte über ein angebliches Zerwürfnis zwischen Öcalan und Semdin Sakik, einem Kommandeur der Guerilla.

Die Redaktion der auf diese Weise zum „inoffiziellen PKK-Organ“ erklärten Zeitschrift *Özgür Halk* hat sich für diese Einstufung durch den SZ-Redakteur –

der die Zeitschrift so auch zum Angriffsziel für türkische Sicherheitskräfte macht – herzlich bedankt und den ganzen Bericht als eine „inszenierte, verzerrte und bestellte Nachricht“ zurückgewiesen. Hier Auszüge aus der Reaktion von *Özgür Halk*:

„Vorab möchten wir erklären, daß der Artikel des deutschen „Journalisten“ eine inszenierte, verzerrte und bestellte Nachricht ist. Die Zitate aus unserer Zeitschrift wurden vom Journalisten aus ihrem Zusammenhang gerissen und ihres Inhalts entleert wiedergegeben. Die eigentliche Quelle dieses Textes ist der türkische Geheimdienst MIT und die Polizei. Vor 15 Tagen wurde eine sehr ähnliche Nachricht im türkischen Sender Show-TV ausgestrahlt. (...) Die Tatsache, daß der „Journalist“ den Artikel unseres Mitarbeiters in einer verzerrten Form als die Blitznachricht veröffentlicht, muß in Zusammenhang mit den schmutzigen Beziehungen gesehen werden (...) Daß fast die gleiche Nachricht einige Tage zuvor über die Polizeijournalisten in Show-TV veröffentlicht wurde, beweist, daß dieser angebliche Journalist die Nachricht billig übernommen hat (...)“

Der Journalist hat offensichtlich alles,

Dokumentiert: der PKK-Vorsitzende Öcalan in MED-TV

Die Waffen niederlegen?

Am 1. Februar stellte sich der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan, in einer Sendung des kurdischen Fernsehenders MED-TV telefonisch Fragen vornehmlich türkischer Zuschauer. Das „Kurdistan-Informationszentrum“ in Köln veröffentlichte Auszüge aus der Fernsehsendung.

„Im folgenden sind die Kernaussagen von A. Öcalan zu mehreren zentralen Themenkomplexen zusammengefaßt.

Vor einiger Zeit wurde in der Türkei ein offizielles Strafverfahren gegen Abdullah Öcalan eingeleitet. Auf die Frage nach seiner Einschätzung dieser Vorgehensweise seitens der Türkei äußerte er sich wie folgt:

„Wir sind bereit, vor ein internationales Gericht zu treten. Aber wird sich die Türkei einem solchen internationalen Gerichtshof stellen? Wird sie ein Gericht akzeptieren, das den Maßstäben des in-

ternationalen Rechtes entspricht? Ich bin bereit, solch ein Gericht zu akzeptieren, egal an welchem Ort es tagt. Der Gerichtshof in Den Haag oder internationale unabhängige Juristen sollen die Richter bestimmen.

Wenn das türkische Volk, die türkischen Intellektuellen aufrecht sind, so müssen sie sehen, daß die Zahl der Mordfälle in die Tausende geht. Wenn wir uns bei diesen Morden in irgendeiner Weise schuldig gemacht haben, so sollen wir auch verurteilt werden. Aber es ist (seitens der Türkei, Anm. d. Ü.) die Rede von einer anderen Verurteilung. Wir sind auch bereit, von türkischen Gerichten verurteilt zu werden. Aber es müssen Sicherheiten vorhanden sein, Lebenssicherheiten. Unter diesen Bedingungen würden wir auch eine Verurteilung im Sinne der türkischen Gesetze akzeptieren.

Demirel und ich sollen vor so ein Gericht treten. Wir beide sollen unsere Verteidigung wahrnehmen. Ich bin dann bereit, jedes Urteil zu akzeptieren unter der Voraussetzung, daß die Justiz unabhängig ist und die Sicherheit garantiert wird. Was könnt ihr von mir noch erwarten ...“

Viele Fragen thematisierten auch Möglichkeiten einer Konfliktlösung

bzw. erster Schritte in diese Richtung. Oftmals wurden in diesem Zusammenhang die Beispiele Südafrika und Nordirland angesprochen. Abdullah Öcalan brachte in diesem Zusammenhang wiederholt zur Sprache, daß es auf türkischer Seite nötig sei, einen Zustand der Sicherheit für die kurdische Seite herzustellen. Dies wäre eine notwendige vertrauensbildende Maßnahme. Der Vorsitzende der PKK hat den Willen bekundet, für Schritte zur Schaffung eines solchen Klimas offen zu sein:

„Wenn es nur eine gesetzlich verankerte Sicherheit gäbe! Aber es gibt sie nicht. Jeder hat Angst vor jedem. Ich sage, laßt uns diese Sicherheit gemeinsam schaffen. Laßt uns eine kollektive Sicherheit errichten. Wenn ihr Euch zu sehr fürchtet, dann laßt uns den Namen unserer Partei verändern. Es geht nicht um Namen. Es geht um Prinzipien. Es geht um die Rechte der Menschen. Es geht um die Rechte der historisch gewachsenen Kulturen und Völker. Sollte der Erlangung dieser Rechte der Name der PKK im Wege stehen, so können wir ihn ändern. Er ist nicht wichtig. Wir betreiben keinen Fetischismus. Wir vergöttern keine Namen. Es gibt aber unverzichtbare, natürliche Grundrechte der Menschen. Ich bin bereit, all meine Eigenschaften

was seiner Absicht dient, angewandt. Er scheut nicht einmal davor zurück, uns zum Angriffsziel zu machen. Um seine Inszenierung zu vervollständigen, behauptet er, daß unser Mitarbeiter der Vorsitzende der PKK ist. Es ist offensichtlich, daß er sich weit von jeglicher journalistischer Ethik entfernt hat ...

Ein weiterer wichtiger Punkt ist folgender: Letzte Woche trat der Nationale Sicherheitsrat zu einer Versammlung zusammen. Vor dieser Sitzung führte der Staat in Gabbar und Amed Operationen durch, wobei er große Verluste erlitt. Um diese zu vertuschen, holte das Militär Pressevertreter in die Region und präsentierte ihnen die Geständnisse einiger Überläufer ...“

Zudem habe Koydl bei seinen angeblichen Zitaten die wirklichen Aussagen des Artikels zum Teil in ihr direktes Gegen teil verdreht, insbesondere wo es um Sieg und Niederlage gehe.

Özgür Halk:

„Die Pressestelle des türkischen Außenministeriums ließ die besagte Nachricht allen Pressebüros zukommen. So wurde im Falle der bestellten Nachricht des ‚Journalisten‘ Wolfgang Koydl aus den Worten unseres Mitarbeiters: ‚Dem Spezialkrieg steht seine Niederlage bevor‘, ein: „Wir stehen unserer Niederlage bevor“. Aber es ist ja bekannt, daß Verzerrungen die Wahrheit nicht verändern können. (...)“

Im übrigen, so *Özgür Halk*, enthalte der Artikel, auf den sich der feine Herr

Koydl beziehe, nichts anderes als die in der kurdischen Befreiungsbewegung übliche Kritik und Selbstkritik: „Der Befreiungskampf wird daher die Mängel von Personen und Annäherungen (Herangehensweisen, d. Red.) nicht verdecken und so tun, als würden diese nicht bestehen. Das ist eher das Verhältnis von Imperialisten und Ausbeutern, die trotz ihrer bevorstehenden Niederlage schreien: ‚Wir haben gewonnen‘ ...“

Wolfgang Koydl, so die Kritik von *Özgür Halk* zum Schluß, „der vom türkischen Staat für dieserlei Texte Geld erhält und aufgrund seiner sensationellen Berichterstattung bekannt ist, vertritt nur die Interessen der Banden. Wir erwarten, daß sowohl Wolfgang Koydl als auch die *Süddeutsche Zeitung* die verfälschte Nachricht korrigieren und diese Richtigstellung an der gleichen Stelle veröffentlichen, wo der besagte Text veröffentlicht wurde.“

(Verbreitet durch: Kurdistan Informationszentrum Köln, 30.1.98)

„Zufällig“ eine Woche nach Verbreitung dieser Falschmeldung trug der PKK-Vorsitzende Öcalan über mehrere Zeitungen und über MED-TV eine neue Initiative der PKK für eine politische Lösung vor. Und „zufällig“ stuften ein paar overschlaue bundesdeutsche Berichterstatter (z.B. die *taz*) diese Initiative sofort als „Schwächezeichen“ der PKK ein. Ob da wohl Zusammenhänge bestehen?

rül

und Aufgaben niederzulegen, wenn diese Rechte garantiert werden. Respektiert das Regime denn einen einzigen menschlichen Wert? Gewährt es Sicherheit?

Wir vertreten einige grundsätzliche Forderungen, die gleichzeitig Forderungen des türkischen Volkes sind. Es sind auch die Forderungen derjenigen, die ernsthaft für die Einheit der Türkei sind. Wichtig ist hierbei, diese aufrichtig zu fordern, nicht hinterhältig ... und ohne jeglichen Betrug. Eine gemeinsame Plattform sollte zusammenkommen, die der Sicherheit sowie den Rechten der Menschen und den demokratischen Grundsätzen großen Wert beimäßt. Wir sind bereit, alles Erforderliche in die Wege zu leiten.“

Seitens der türkischen Regierung wurden wiederholt Aufrufe verbreitet, die PKK solle die Waffen niederlegen und die Guerillakräfte sollten sich ergeben. Hierzu nahm der Vorsitzende der PKK wie folgt Stellung:

„Es wurden auf türkischer Seite zahllose Dorfschützer, Spezialeinheiten und Banden außerhalb des gesetzlichen Rahmens organisiert. Der Staat hat mehrere illegale Organisationen geschaffen. (...) Deren Rolle muß diskutiert werden. Aber auch über die Guerilla kann diskutiert werden. Die Guerilla ist die de-

mokratische Stimme der Völker, in ihr drückt sich der Wille der Völker aus. Sie ist die Kraft, die die Demokratie in der Türkei ausruft – ich beschränke es bewußt nicht auf Kurdistan. Sie ist Antriebskraft für die Institutionalisierung der Demokratie der Völker in der Türkei. Wenn diese Aufgaben erfüllt sind, wenn die Demokratie eingeführt ist, wenn die Rechte der Völker garantiert sind, brauchen wir keine eigenständige Guerillaorganisation mehr. (...) Wir werden sie zur Garantie der anerkannten Rechte der Völker und in deren Milizkraft umwandeln.“

In der Türkei gibt es zivile Verteidigungseinheiten. Wir könnten die Guerilla auch in zivile Verteidigungseinheiten umwandeln. (...) Institutionen in Form ziviler Verteidigungseinheiten als Sicherheitsvorkehrung sind eine Notwendigkeit. (...) Somit könnte die Angst (d. Türkei, Anm. d. Ü.) gegenüber der Guerilla überwunden werden, wenn sie eine Lösung will. Wenn die Machthaber der Türkei aber sagen, liefere sie uns aus, so wissen wir, welche Absichten sie damit verfolgen. Wenn die besagten Rechte nicht garantiert und die anstehenden Aufgaben nicht erfüllt sind, sind wir gezwungen weiterzukämpfen.“

KIZ, 5.2.98

Ein links-grüner Blick auf die PDS

von Andreas Bachmann

Die Linke in den Grünen ist in einer ähnlichen strategischen Situation wie die SPD-Linke in den 70er und 80er Jahren. Sie ist darauf angewiesen, daß eine gesellschafts- und wahlpolitische Alternative außerhalb der eigenen Partei die innerparteiliche Bewegungsfreiheit vergrößert.

Hier ist nun die Frage gestellt, ob die Existenz der PDS und ihr Wirken im gesellschaftlichen und parlamentarischen Bereich Spielräume für linke Alternativen in der Gesellschaft insgesamt und bei den Grünen vergrößert.

Aus dieser Perspektive einige Thesen zur PDS, ihren einzelnen Bestandteilen und ihrer politischen Strategie, soweit diese für mich erkennbar ist:

1. Die Ohnmacht und Schwäche der Linken ist nicht nur aus der Wucht und Aggressivität des neoliberalen Gesellschaftsmodells zu erklären. Sie erklärt sich auch aus dem Umstand, daß der Zusammenbruch des autoritären Sozialismus von denjenigen politischen Strömungen und Organisationen, die ihre Existenz vom real existierenden Sozialismus abgeleitet haben, nicht oder nur sehr oberflächlich anhand einzelner Phänomene diskutiert wird.

Mein Eindruck ist, daß der notwendige selbstkritische Aufarbeitungsprozeß innerhalb der PDS steckengeblieben ist bzw. nur auf der Ebene wissenschaftlicher Konferenzen, ohne Konsequenzen für die Gesamtheit der Organisation, betrieben wird. Dies mag zwar für den innerparteilichen Burgfrieden in der PDS nützlich sein, schneidet aber den Zugang zu unterschiedlichen emanzipatorischen und progressiven Strömungen und Mietieus in der alten Bundesrepublik ab.

Eine Rekonstruktion moderner hegemoniefähiger sozialistischer Politik wird sich zwar im hohen Maße entlang der Neubearbeitung der sozialen Frage organisieren, dies aber nur im unlösbar Zugehang mit einer Politik der Partizipation, der Selbstverwaltung und der Veränderung der Geschlechterverhältnisse mit ihren dominierenden patriarchalen Mustern.

Ein strategischer Ansatz, der auf soziale Interessenvertretung im engeren Sinne setzt und in diesem Zusammenhang besondere ostdeutsche Interessen und Mentalitäten betont, kommt über eine Bürgermeister-, Mietervereins- oder Betriebsratsperspektive nicht hinaus ...

2. Auf meinem Schreibtisch liegt eine Einladung der DKP Hamburg, der PDS / Linke Liste Hamburg und des Kuratoriums Gedenkstätte Ernst Thälmann zu einer „feierlichen Veranstaltung 80 Jahre Oktoberrevolution – diese Welt muß uns sein!“ Neben Referaten von Vertretern

der DKP, der Kommunistischen Plattform und der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation „werden alte und neue Lieder der Arbeiterbewegung vorgetragen“. Die Anlage dieser Veranstaltung läßt wenig Hoffnung, daß die Niederlage des Sozialismus nicht nur gegenüber dem Imperialismus erörtert wird, sondern auch die innere Niederlage des Sozialismus anhand der Menschenrechts-, Frauen- und Ökologiefrage ernsthaft zur Diskussion gestellt wird.

So wird linksradikale Politik nicht zum notwendigen und nützlichen Stachel, sondern zu einer folkloristischen Angelegenheit, die nichts oder wenig dazu beiträgt, die Basis für einen anderen Gesellschaftsentwurf in der Bundesrepublik zu verbreitern.

3. Der deprimierende Zustand der SPD und der Grünen und der jeweiligen innerparteilichen Linken fordert im höchsten Maße eine linke Konkurrenz bzw. Druck von außen. Nur durch eine ernst zunehmende linke Konkurrenz können die Politikmöglichkeiten von linken Grünen vergrößert werden. Eine wirksame und spürbare linke Konkurrenz kann die PDS allerdings nicht sein, wenn die Aufarbeitung der autoritären Dimension der DDR- und SED-Geschichte auf halbem Wege abgebrochen wird, die Anleihen an die Errungenschaften und Positionen der neuen sozialen Bewegungen und Linken außerhalb der Arbeiterbewegung der alten Bundesrepublik (Ökologie als Kritik der Produktivkraftentwicklung und Feminismus) nur oberflächlich auf der Ebene von allgemeinen Parteiprogrammen rezipiert werden und für die Alltagspolitik nur wenig Bedeutung haben.

Einem neuen linken Projekt geradezu schaden können die Tendenzen innerhalb der PDS, sich als Regionalpartei mit einer volkstümlicheren Interessenvertretung und Ostambiente zu definieren.

Wenig hilfreich sind die Entwicklungen in manchen PDS-West-Landesverbänden, einen falsch verstandenen linken Traditionalismus zu kultivieren. Hier schmerzen weniger die Stilblüten, die dort produziert werden, als der Verzicht auf tatsächliche Einmischung in die gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Mit anderen Worten: Eine reformerische, aber zugleich radikale politische Organisation neben den Grünen und der SPD wäre ein Gewinn für die bundesrepublikanische Linke. Ich denke, daß das auch für die PDS eine Überlebensfrage ist. Eine Mischung aus ostdeutscher Bürgermeisterpartei und Heimatbunden für kommunistische Traditionsvereine aus Ost und West trägt nicht sehr weit. Schließlich geht es um die Rekonstruktion eines modernen sozialistischen Projekts.

Andreas Bachmann war von 1993 bis 1997 arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Grünen/GAL in der Hamburger Bürgerschaft. Gehört zur Gruppe ZAS, eine ökosozialistische Gruppierung innerhalb der Hamburger Grünen. – Der hier leicht gekürzte Artikel wurde für Disput 2/98 geschrieben.

In und bei der PDS ... Hamburg

Mehrheit verweigert Zusammenarbeit

Die Mitgliederversammlung des Hamburger Landesverbandes, die wie berichtet (s. *PB* 3/98) am 24.1. mit den Wahlen zum Arbeitsausschuß begonnen hatte, wurde am 14.2. fortgesetzt. Das Ergebnis ist bedrückend: Die Mehrheit der Landesversammlung um die studentische Liste Links hat sich nicht dazu verstanden, ihre Politik der Dominanz und Beherrschung der Landesverbandes zugunsten einer Politik gleichberechtigter Zusammenarbeit aller Strömungen und Sichtweisen aufzugeben. Sie hat darauf bestanden, Vertreter und Vertreterinnen der Minderheit (die im ersten Teil der Landesversammlung teilweise mehr als 40% der stimmberechtigten Anwesenden umfaßte) in den Leitungsgremien in eine hoffnungslose Minderheit zu bringen. Außerdem verweigerte sie auf der Versammlung eine Verständigung über Grundsätze der Arbeitsweise des Arbeitsausschusses, die die Minderheit vorgeschlagen hatte, um die Praxis bis tief in die Nacht reichender, meist ohne Ergebnis bleibender Diskussionen zu beenden und die Teilnahme von Menschen, die mit ihren Lebenskräften haushalten müssen, zu ermöglichen. Mit dieser Absage der Mehrheit an Kooperation ist im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf eine gefährliche Situation entstanden.

Die immer wieder aus dem PDS-Bundesvorstand geäußerte Besorgnis, die landespolitische Schwäche der West-Verbände werde sich bundespolitisch niederschlagen – konkret in Stimmverlusten bei der Bundestagswahl –, mag eine Zeitlang unzutreffend, übertrieben, womöglich manchmal auch nur vorgeschoben gewesen sein. Sie ist hier und

heute nicht mehr von der Hand zu weisen. Die Wortführer der Mehrheit, das ist das eigentliche Ergebnis der Landesversammlung, bestreiten die Bedeutung des Wahlkampfes und der Frage, ob die PDS im nächsten Bundestag vertreten sein wird oder nicht. Ihre phrasenhafte Parlamentarismuskritik verbirgt nur schlecht die Absicht, den Anforderungen des Wahlkampfes einfach aus dem Weg zu gehen und sich mit allgemeiner Kapitalismuskritik zu begnügen, anstatt die durch die sozialen und politischen Auseinandersetzungen aufgeworfenen Fragen wirklich anzunehmen. Augenzwinkernd rechnet man damit, daß die notwendigen Stimmen wie bei den letzten Bundestagswahlen irgendwie schon reinkommen. Diese Hoffnung ist trügerisch; die Machtpolitik der Mehrheit der Landesversammlung, verbunden mit der zum Prinzip erhobenen (landes)politischen Unfähigkeit, kostet Stimmen, und sie kann genau die Stimmen kosten, die der PDS am Ende fehlen könnten. Deshalb sind die töricht-arrogant gefällten, in ihrer Tragweite wohl unbegriffenen Mehrheitsentscheidungen der Mitgliederversammlung, ist die Zurückweisung gleichberechtigter Zusammenarbeit so fatal.

Die Minderheit der Landesversammlung hat, will sie das Schlimmste verhindern, nur die Möglichkeit, den Wahlkampf wenn nicht mit, dann eben ohne die oder neben der Mehrheit zu führen und die Mitglieder der PDS, die an den internen Auseinandersetzungen sich weder beteiligen wollen noch können und die durch die lange Blockadesituation gelähmt sind, mit Angeboten zu inhaltlicher Diskussion, zu Ausbildung und zu vielfältigen Aktivitäten zu mobilisieren. Das wird schwer, aber das Wahlprogramm, das sicher noch verbessert werden wird, bietet viele Möglichkeiten zur Entfaltung der Politik im Wahlkampf vor Ort.

scc

MLPD kandidiert

Die MLPD hat ihre Beteiligung an den Bundestagswahlen 1998 dem Bundeswahlleiter angezeigt. Sie kandidiert unter dem Motto „Unterstützt die Kandidaten der neuen Opposition – vorwärts mit dem echten Sozialismus!“ Damit wendet sie sich mit einer positiven Antwort an die wachsende Zahl von Menschen, die mit der Kohl-Regierung unzufrieden sind und sich darüber hinaus fragen, wie das alles überhaupt weitergehen soll.

150 Jahre nach dem Erscheinen des „Kommunistischen Manifest“ bestätigt sich die wissenschaftlich begründete Erkenntnis von Marx und Engels, daß der Kapitalismus die Ursache von Massenarbeitslosigkeit, weltweit zunehmender Armut, Umweltzerstörung und Kriegsgefahr darstellt. Nur durch die Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen können die grundlegenden Bedürfnisse der Massen erfüllt werden.

Dafür reifen in den Augen der MLPD, die als einzige Partei in Deutschland für das Ziel des echten Sozialismus eintritt, die Bedingungen heran. Es wächst die Suche nach einer wirklichen Al-

ternative. So wird der alten parlamentarischen Opposition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS mit einer gehörigen Portion Skepsis begegnet. Gleichzeitig bildet sich eine neue Opposition von unten heraus: In den Kämpfen der Arbeiter in den Betrieben; im aktiven Volkswiderstand gegen die Bonner Familien- und Gesundheitspolitik; in der kämpferischen Frauenbewegung gegen die Hetzjagd auf Schwangerschaftsabbrüche; in Protesten gegen den Lauschangriff auf aktive Gewerkschafter und den Staatsterror gegenüber Castorgernern; in der neuen Jugendbewegung für eine lebenswerte Zukunft.

Die MLPD versteht ihre Kandidatur als eine Unterstützung für den Aufbau dieser neuen Opposition auf der Grundlage des Kampfes. Sie hat aus der Entartung der Führung der ehemals sozialistischen Länder zu einer neuen bürokratischen Kapitistenklasse die Lehren für den künftigen Aufbau des echten Sozialismus gezogen. Die 1982 gegründete MLPD hat bereits mehrfach an Wahlen teilgenommen und nach der Wiedervereinigung 1994 erstmals in Gesamtdeutschland kandidiert.

Klaus Wallenstein, Pressesprecher des Zentralkomitees der MLPD

Das Massaker von Kragujevac

Von Franz-Karl Hitze

Dragan J. ist auch zu entschlüsseln. J steht für Jovanovic. Ein typisch serbischer Familienname. Wie Müller in Deutschland. Dragan Jovanovic hatte kürzlich seinen Sechzigsten gefeiert. Der geborenen Kragujevac ist in der mittelserbischen Stadt zur Schule gegangen und hat das dortige Gymnasium, das älteste Gymnasium Serbiens, besucht. Nach dem Abitur studierte er in Belgrad. Danach war er an demselben Kragujevac Gymnasium 35 Jahre Physiklehrer. Seit zwei Jahren ist er Direktor des 1. Gymnasiums.

Anfang Dezember v. J. war Direktor Jovanovic Gast der „Deutsch-Serbischen Begegnung“ in Berlin. „Mein Besuch gilt einmal der Eröffnung der Ausstellung „Kragujevac – Oktober 1941“, in der Mediothek der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Berlin-Kreuzberg. Zum andern habe ich den Wunsch, Kontakte zu einer deutschen Oberschule aufzunehmen, um einen Schüleraustausch zu organisieren. Damit sollen endlich die Folgen überwunden werden, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in den Köpfen unserer Menschen entstanden sind.“ Nachzutragen ist, daß das Gedenkmuseum in Kragujevac in Verbindung mit der „Deutsch-Serbischen Begegnung“ erstmalig in Deutschland erhalten gebliebene Orginaldokumente über das grausame Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Kragujevac zeigt.

Kragujevac bedeutet für das alte wie für das neue Jugoslawien das gleiche wie Oradour für Frankreich, wie Lidice für Tschechien oder Babi Yar für die Ukraine. Mit dem Namen Kragujevac verbindet sich in der Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg die Erinnerung an den vieltausendfachen Mord an unschuldigen Menschen durch Soldaten der Hitler-Armeen.

Als Dragan Jovanovic vier Jahre alt war, überfielen deutsche Armeen ohne Kriegserklärung am 6. April 1941 das Königreich Jugoslawien und marschierten anschließend in Griechenland ein.

In Kragujevac wurden zeitweise zwei Infanterieregimenter der Deutschen Wehrmacht stationiert; die 724er und 749er Infanteristen. Durch den Einmarsch in Jugoslawien und Griechenland wollte Deutschland seine Südostflanke für den ungestörten Feldzug gegen die Sowjetunion absichern.

Doch die Okkupation Jugoslawiens blieb nicht ohne Folgen. Schon im Mai 1941 rief eine Gruppe von Offizieren und Soldaten des geschlagenen jugoslawischen Heeres das serbische Volk zum Aufstand auf. Am 22. Juni 1941 forderte die

kommunistische Partei Jugoslawiens die Völker ganz Jugoslawiens in einem offenen Aufruf zum Aufstand gegen die gehaßten deutschen Okkupanten auf. Ihr Anführer war Josip Broz Tito, der Generalsekretär des ZK der KPJ.

Der Geisel-Mord-Befehl

Überall im Lande verübten die Aufständischen beider Lager hauptsächlich Sabotageakte, Sprengstoffanschläge auf die Nachschublinien der Wehrmacht. Sie führten täglich zahlreiche Kämpfe gegen die deutschen Besatzer. Schon im September wurde ein großes Gebiet in Serbien befreit. Das deutsche Oberkommando wurde nervös. Die örtlichen Kommandeure verhängten drastische Maßnahmen gegen die Bevölkerung. Im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) erließ am 16. September 1941 deren Chef, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, mit Billigung Hitlers den berüchtigten Geisel-Mord-Befehl.

Dieser Befehl und **Franz Böhme verantwortet 26 000 Erschießungen vom September bis Anfang Dezember 1941 in Serbien** sind an der Spitze der Ausstellung, die 33 Bildtafeln umfaßt, zu sehen. Es ist die Nummer 002060/41 g.Kdos. zu lesen und der neutrale Titel: „Betr.: Kommunistische Widerstandsbewegung in den besetzten Gebieten“. Darin steht u.a., daß die „Kommunistische Widerstandsbewegung ... mit drastischen Mitteln“ zu erstickten ist.

Verleumderisch heißt es unter Punkt 3.b.: „Dabei ist zu bedenken, daß ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann.“ Und dann wird der Mordbefehl eindeutig und konkret formuliert: „Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50 bis 100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.“ Wenn es auch eine geheime Kommandosache war, so wurde den Kommandeuren der Armeen, Korps und Divisionen befohlen, dafür zu sorgen daß diese „Grundsätze allen militäri-

schen Dienststellen bekannt gegeben wird“. Ein Beweis, daß die Deutsche Wehrmacht ein Instrument in den Händen eines Verbrechers war. Der komman-



dierende General Serbiens Franz Böhme, ein ausgesprochener Günstling Hitlers, ausgebildet an der österreichischen Generalstabs-Akademie in Wien, verschärfte und ergänzte am 10. Oktober 1941 mit unglaublicher Genauigkeit diesen Befehl. Er ordnete an: „a.) für jeden getöteten oder ermordeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen (Männer, Frauen oder Kinder) 100 Gefangene oder Geiseln, b.; für jeden verwundeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen 50 Gefangene oder Geiseln“ zu erschießen.

Auch dieser Befehl ist vom Gedenkmuseum Kragujevac in die Ausstellung aufgenommen worden. Ein weiteres Beweisstück für geplante Verbrechen der Deutschen Wehrmacht, von der ultrakonservativen Bürger unseres Landes meinen, sie habe einen sauberen Krieg geführt. Von Anfang September bis Anfang Dezember 1941, als Böhme Kommandierender General in Serbien war, sind 26 000 Männer, Frauen und Kinder erschossen oder erhängt worden, viele Dörfer wurden niedergebrannt und dem Erd-

boden gleichgemacht. Es wurden Massenerschießungen in Belgrad, Sabac, Draginac, Kraljevo und eben auch in Kragujevac durchgeführt. Der Anlaß für die Erschießungen in Kragujevac waren die deutschen Verluste an der Straße von Kragujevac – Gornji-Milanovac. Diese Ortschaft war zuvor durch die Tscheniks und die Partisanen Titos von deutschen Truppen befreit. Dabei wurden Soldaten des 920. Landesschützen-Regiments gefangen genommen. Nach mehreren Versuchen, die Soldaten zu befreien, hat das 3. Bataillon des 749. Infanterie-Regiments aus Kragujevac Gornji-Milanovac am 16. Oktober niedergebrannt. Bei dem Ort Ljuljak wurde die Einheit in heftige Kämpfe mit den Partisanen verwickelt. Dabei wurden 10 deutsche Soldaten getötet und 26 verwundet. Laut Befehl Böhmes mußten dafür 2 300 Bürger Serbiens als Sühne erschossen werden.

Das Massaker

Das war das auslösende Signal für die Mordorgie der deutschen Faschisten in Kragujevac. Am 17. Oktober erließ Major Otto Desch, Kommandeur des 49. Regiments, die Anordnung, gemäß dem Befehl Böhmes Erschießungen vorzunehmen. Zuerst wurden in Kragujevac 70 Juden festgenommen und erschossen. In den umliegenden

Dörfern wurden bei Kommando- unternehmen 427 Männer und Frauen ermordet. Kragujevac wurde von der Außenwelt blockiert, so daß niemand mehr die Stadt betreten, vor allem aber nicht verlassen konnte. Am 20. Oktober begannen Massenverhaftungen der Bürger von Kragujevac. Die Menschen wurden aus den Häusern auf die Straßen getrieben oder in Geschäften und Fabriken festgenommen.

In der Ausstellung sind zahlreiche von deutschen Soldaten gemachte Fotografien von dieser Tragödie zu sehen. Dragan Jovanovic war Zeuge der Verhaftungswelle. „Ich kann mich heute noch

genau an die Brutalität der deutschen Soldaten erinnern, wie sie Bürger der Stadt zwischen 16 bis 60 Jahren als Geiseln zusammentrieben. So mancher wurde, wo man ihn ergriff, an Ort und Stelle erschossen.“ Die Bilder von den Leichenbergen am Rande der Stadt lassen den Besucher erschaudern.

Unter den am 20. Oktober Verhafteten befanden sich auch über 300 Schüler der 5. bis 8. Klassen des Kragujevacer Gymnasiums sowie 15 Lehrer und zwei Direktoren, die man direkt aus dem Unterricht herausgeholt hatte. Sie wurden am 21. Oktober 1941 rücksichtslos bei Sumarica erschossen. Jene, die verschont geblieben sind, haben sich in den darauf folgenden Wochen spontan den Partisanen angeschlossen. Während des Krieges sind 177 dieser ehemaligen Schüler gefallen. So läßt sich auch die Zahl „über 400“ erklären, die in den letzten Jahrzehnten durch die Medien ging.

Zivonyin Jovanovic, ein Namensvetter von Dragan, der als Zeuge dieses Verbrechens in Kragujevac vor dem Nürnberger Tribunal erschien, berichtete, wie aus den Gerichtsprotokollen zu ersehen ist, von 7 000 Mordopfern in Kragujevac. Das Nürnberger Alliierte Gericht akzeptierte diese Zahlenangabe. In anderen Quellen Serbiens wird von 3 000 bis 8 000 Er-

schossenen berichtet. Der Kustos der Ausstellung Stanisa Brkic berichtete in einem in Berlin gehaltenen Vortrag, daß dem Gedenkmuseum „21. Oktober“ in Kragujevac Angaben vorliegen, daß am 19. Oktober 427, am 20. Oktober 115 und am 21. Oktober 2 236 Menschen von den MG-Garben der deutschen Wehrmacht niedergemäht wurden. In diese Zahlen sind die Ermordeten in den umliegenden Dörfern der mittelserbischen Industriestadt nicht einbezogen.

60 Menschen konnten vor den Erschießungskommandos fliehen und überlebten diese Hölle.

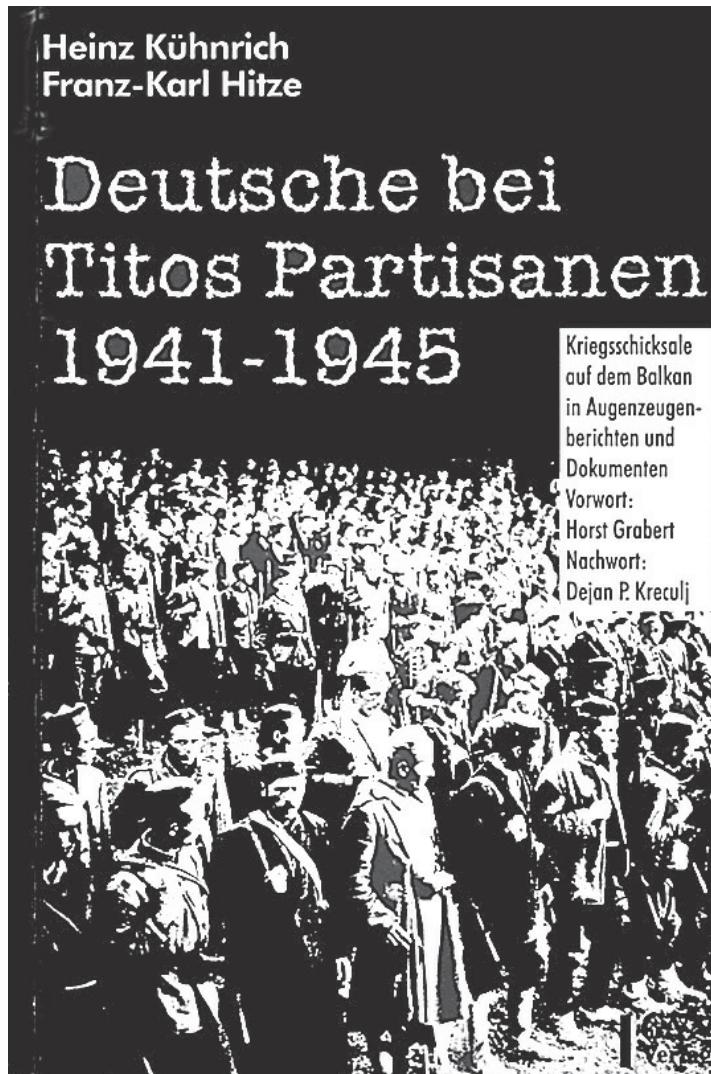
In Sumarica ist seit 1953 ein großzügig angelegter Gedenkpark für die Opfer dieses Massakers mit 10 Denkmälern zwischen 30 Massengräbern auf einer Fläche von 352 Hektar entstanden. Dort wird jährlich eine künstlerisch gestaltete „Große Schulstunde“ abgehalten. Schüler des Gymnasiums und Künstler der Stadt tragen bei dieser Gelegenheit literarische und musikalische Arbeiten zur Erinnerung an den 21. Oktober 1941 vor.

Dragan Jovanovic wurde von einem Schüler in einer „kleinen Schulstunde“ in der Carl-von-Ossietzky-Oberschule gefragt, wie die Serben heute die Deutschen sehen. Er antwortete nach einem Moment des Überlegens: „Unser Gymnasium wurde 1833 gegründet und hat seit 169 Jahren Deutsch als 1. Weltsprache auf dem Schulplan. Sie können sich vorstellen, daß Deutschland für unsere Schüler von besonderem Interesse ist, zumal viele Jugoslawen in Deutschland leben. Wir unterscheiden zwischen den Deutschen und den Faschisten sehr genau. Und deshalb zeigen wir diese Ausstellung hier, weil wir wissen, daß diese Tragödie in Deutschland relativ unbekannt ist. Und deshalb wollen wir auch gerne einen Partnerschaftsvertrag mit ihrer Schule.“ Gedanken eines Überlebenden, dessen Vater 1941 in einem Gefecht mit der Deutschen Wehrmacht gefallen ist.

Jetzt geht die Ausstellung, die auch in Bielefeld und Aschaffenburg gezeigt wurde, nach Dresden. Bleibt zu hoffen daß die EU Kommission in Brüssel Fördergelder bereitstellt, damit ein Partnerschaftsvertrag zwischen Berlin-Kreuzbergs Oberschule und dem Gymnasium in Kragujevac zustande kommt.

Die Ausstellung wird in Dresden im Beiprogramm der Ausstellung zu den Wehrmachtverbrechen vom 5. Februar bis 3. März in den Räumen des Jüdischen Kulturvereins „Hatikva“ gezeigt (Tel. 0351-8020489) und geht dann im April nach Israel. (Anm. d. Red.)

Franz-Karl Hitze ist Co-Autor des im GNN-Verlag Berlin/Sachsen 1997 erschienenen Buches „Deutsche bei Titos Partisanen 1941-1945 – Kriegsschicksale auf dem Balkan in Augenzeugenberichten und Dokumenten“.



Einladung zur Frühjahrskonferenz des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Themenschwerpunkt: „Parteibildung – Wahlen – Parteiaufbau“

Samstag/Sonntag, 14./15. März 1998, Jugendgästehaus Köln-Riehl

13.30 Uhr: „Parteibildung – Wahlen – Parteiaufbau“ – Es referieren: Joachim Bischoff, Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Martin Fochler (siehe auch Beitrag in den Politischen Berichten 3/98, S. 22 ff.)

18 Uhr: Abendessen

19 Uhr: Haushalt des Forums, Wahlen zum Arbeitsausschuss

Sonntag:

8.30 Uhr: Arbeitsgruppen:

a.: AG Wirtschaft: u.a. Diskussion über „Regionale Klassenkämpfe“ und „Gewerkschaften“ siehe auch die entsprechenden Gliederungsabschnitte in den Politischen Berichten.

chenden Gliederungsabschnitte in den Politischen Berichten.

b.: AG Ostexpansion: u.a. Diskussion über „internationaler Klassenkampf“ siehe auch die entsprechenden Gliederungsabschnitte in den Politischen Berichten.

c.: AG Philosophie: Entwicklung der Repression gegen die RAF-Gefangenen. Wie können wir die Petition „PKK-Verbot aufheben“ unterstützen. Diskussion über den Gliederungsabschnitt „Aktuelles“ und „Diskussion, Dokumentation“.

11.00 Uhr: Abschlusplenum

gez. Präsidium des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

P.S. Das Präsidium trifft sich zu einer kurzen Sitzung bereits am Sa. um 13 Uhr

ADRESSE AUFKLEBER

Einladung zum Arbeitskreis Politische Berichte

Herausgeber und Redaktion treffen sich am Samstag, den 14. März um 12 Uhr im Jugendgästehaus in Köln. Die mit dem Kommunistischen Forums vereinbarte Tagesordnung wird dann die Möglichkeit geben, ausführlich über die Ausgestaltung und Fortführung der Politischen Berichte zu sprechen.

20.-22. Februar: „Jugendbasistreffen“ der PDS in Weimar

1. März 1998: Landtagswahl in Niedersachsen.

6.-8. März: Grüne BDK in Magdeburg verabschiedet Bundestagswahlprogramm

7. März: Die „Erfurter Erklärung“ lädt ein zum „Bochumer Ratschlag“ an die Universität in Bochum. Organisation: AStA Uni Bochum.

10. März: 10. Jahrestag des irakischen Giftgasmassakers in der kurdischen Stadt Halabja.

14./15. März: Frühjahrstagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln. Gäste willkommen. **Anmeldung:** Jörg Detjen, Köln, Tel: 0221 / 21 16 58 , Fax: 02 21 / 62 15 32. **Ausführliche Einladung siehe oben.**

14./15. März: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in Bremen.

17./18. März: An verschiedenen Orten finden um diese Tage herum **Veranstaltungen zum 150. Jahrestag der Märzrevolution von 1848 statt.**

20./21. März: Veranstaltung **150 Jahre „Manifest der Kommunistischen Partei“;** in **Frankfurt**, Haus der Jugend • Veranstalter: Zeitschriften Sozialismus und spw. **Anmeldung:** Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Tel. 040 - 280 505 60, Fax 040 - 280 505 68 / Redaktion spw, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund, Tel. 0231 / 40 14 11, Fax 0231 / 40 24 16, E-mail: spw-Verlag@Link-Do.soli.de

22. März: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

30. März: Eröffnungskonferenz in London für die EU-Osterweiterung

3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm.

20./21. April: SPD-Bundesparteitag in Leipzig wählt Kanzlerkandidat und verabschiedet Wahlprogramm

25. April: Kongress gegen das MAI in Bonn

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

2./3. Mai: EU-Konferenz entscheidet Teilnehmerkreis der EU-Währungsunion ab 1.1.1999

17./19. Mai: CDU-Bundestagswahlparteitag in Bremen

22./23. Mai: Kongress „Renaissance der Grundrechte“ in München. Bestandsaufnahme des Abbaus der Grundrechte und Planung gemeinsamer Aktivitäten. Bisher an der Vorbereitung beteiligt: IAF, Pro Asyl, Humanistische Union, Humanistische Bewegung, Bündnis 90/Die Grünen, Bayer. Flüchtlingsrat, VDJ, Neue RichterInnen Vereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Arbeiterwohlfahrt. **Infos** über Büro MdEP Claudia Roth, Tel. 0228/1687939.

22./24. Mai: DKP-Parteitag in Hannover

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstifenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongress. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongress des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongress der VVN-BdA in Braunschweig. Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19. 9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

10./11. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart